

## PAZIFIK IM ÜBERBLICK

### Beschlüsse des 40. „Pacific Islands Forum“

**Australien:** Vom 5. bis zum 6. August fand im australischen Cairns (Queensland) die 40. Mitgliederversammlung des „Pacific Islands Forum“ (PIF) statt. Neben den Regierungsvertretern der offiziellen Mitgliedsstaaten (mit Ausnahme von Fidschi, das zurzeit aus dem Forum ausgeschlossen ist) nahmen auch Vertreter weiterer pazifischer Staaten und Organisationen an dem Treffen sowie an den Vor- und Nachverhandlungen zwischen dem 4. und 7. August teil. Als assoziierte Mitglieder durften Neukaledonien und Französisch-Polynesien an den formalen Verhandlungsrunden teilnehmen. Osttimor, Tokelau sowie Wallis und Futuna hatten Beobachter entsandt, genauso wie die Asian Development Bank, das Sekretariat des britischen Commonwealth, die Vereinten Nationen und die „Western and Central Pacific Fisheries Commission“.

Die Vertreter der Mitgliedsstaaten gaben wie in den Vorjahren ein „Forum Communiqué“ mit ihren Beschlüssen heraus (siehe auf [www.forumsec.org](http://www.forumsec.org)). Das mehrseitige englischsprachige Dokument gliedert sich in verschiedene Themengebiete und beinhaltet die Beschlüsse der Mitgliedsländer zu bestimmten Sachlagen und Situationen. Gleich der zweite Punkt auf der Agenda - nach dem Punkt „Sicherheit auf See“, in der die Regierungsvertreter den Ländern Tonga und Kiribati ihr Beileid für die Opfer der Fährunglücke in den letzten Monaten aussprechen – ist der Klimawandel. Hierzu gibt es einen umfangreichen Anhang mit dem Titel „Pacific Leaders Call for Action on Climate Change“. Dieser Aufruf richtet sich vor allem an die Teilnehmer der COP15, der Klimakonferenz in Kopenhagen im Dezember des Jahres, in der über die Nachfolge des Kyoto-Protokolls verhandelt werden muss. Konkret fordern die pazifischen Länder eine Begrenzung

des Temperaturanstiegs auf unter 2 Grad Celsius sowie eine Reduzierung des Ausstoßes von Treibhausgasen um 50 % im Vergleich zu 1990. Die Forumsländer fordern die Regierungschefs der anderen Staaten auf, Verantwortung zu übernehmen und konkrete Maßnahmen zum Klimaschutz endlich einzuleiten, statt nur darüber zu reden. Die Ängste der pazifischen Inselbewohner vor Trinkwasserknappheit, Regenwaldabholzung, Verlust von Fischgründen und Ackerland werden thematisiert. Die pazifischen Regierungsvertreter äußern in dem Aufruf ihre Bereitschaft, sich an die Folgen des Klimawandels mit konkreten Maßnahmen anpassen zu wollen, sofern sie dazu technische und finanzielle Unterstützung von der Gemeinschaft der Industriestaaten erhalten. Der Aufruf endet mit den Worten „*We stand ready to play our part in securing an outcome that can safeguard our people, their prosperity and the planet*“.

Ebenfalls als Anhang zum Communiqué findet sich der „Cairns Compact on Strengthening Development Coordination in the Pacific“. Hier geht es vor allem um die Umsetzung der Beschlüsse des „Pacific Plan“, der eine stärkere regionale Kooperation zwischen staatlichen und nicht-staatlichen pazifischen Akteuren vorsieht. Unter anderem gehört dazu das „Pacific Petroleum Project“, mit dem sich etliche pazifische Staaten verpflichten, ihre Treibstoffvorräte aus Kostengründen als Großbestellung zu ordern und selber individuell an die Länder zu verteilen.

Ein wichtiger Punkt des Communiqués behandelt die Fischerei. Das PIF betont die Bedeutung nachhaltiger Bewirtschaftung der Fischbestände und bittet die „Western and Central Pacific Fisheries Commission“ um Maßnahmen zur Vermeidung der Überfischung wandernder Fischarten. Mitgliedsländer werden aufgefordert, mit Hilfe der „Forum Fisheries Agency“ ihre Tunfischbestände und Korallenriffe zu schützen, um die Ernährungssicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten.

In einem gesonderten Abschnitt geht das Protokoll auch auf die Gefahren durch die Schweinegrippe ein, zumal in etlichen pazifischen Ländern Krankheits- und Todesfälle gemeldet wurden. Interessanterweise kommen weitere gesundheitliche Probleme wie Aids, Malaria oder sexuell übertragbare Krankheiten nicht zur Sprache. Dagegen wird erstmals detailliert auf die Probleme und Herausforderungen behinderter Menschen verwiesen. Man einigte sich auf ein Treffen aller pazifischen Beauftragten für Behinderte im Oktober 2009 auf den Cookinseln.

Ein ganzes Kapitel widmet sich dem Sport, dessen besondere Bedeutung für ein gesundes Leben mehrfach betont wird. Ganz konkret benennen die Forumsglieder Sportereignisse, die sie in den nächsten Jahren im Pazifik veranstalten wollen, um auch das Gefühl einer „pazifischen sportlichen Gemeinschaft“ zu stärken.

Eigens erwähnt wurde auch die Bereitschaft einiger pazifischer Staaten zum Ausbau ihrer regenerativen Energien, hier wurden Tuvalu und Tonga als beispielhaft genannt.

Positiv vermeldet wurde der Erfolg der bilateralen Abkommen im Rahmen der „Biketawa Declaration“, also die „Regional Assistance Mission to the Solomon Islands“ (RAMSI) und die „Pacific Regional Assistance to Nauru“ (PRAN). Mit Besorgnis nehmen die Forumsländer die Zunahme des Gebrauchs (illegaler) Waffen zur Kenntnis und fordern hier von den Staaten stärkere Reglementierungen. Ebenfalls mit Besorgnis beobachten die Mitgliedsländer die Zunahme von sexueller und Gender-basierter Gewalt im häuslichen Umfeld.

Ausführlich geht das Communiqué auf die radioaktive Vergangenheit der Marshallinseln ein. Die USA werden explizit aufgefordert, die radioaktiv verstrahlten Atolle der Marshallinseln zu dekontaminieren und an die Atomtestopfer die versprochenen Entschädigungen auszuzahlen.

Das 41. Treffen des Pacific Islands Forum findet 2010 in Vanuatu statt.

([http://www.forumsec.org.fj/\\_resources/article/files/Final\\_2009\\_Forum\\_Communique.pdf](http://www.forumsec.org.fj/_resources/article/files/Final_2009_Forum_Communique.pdf), Rongorongo Man 14.08.09, Analyse von Nic Maclellan auf [www.newmatilda.com](http://www.newmatilda.com))

## † Ron Crocombe

**Cookinseln:** Am 19. Juni starb Ron Crocombe an den Folgen eines Herzinfarktes im neuseeländischen Auckland, unmittelbar vor der Rückreise in seine Wahlheimat Rarotonga (Cookinseln). Der am 8. Oktober 1929 in Auckland geborene Ronald Gordon Crocombe studierte Wirtschaftsentwicklung und interkulturelle Psychologie in Neuseeland und promovierte 1961 an der „Australian National University“ (ANU) mit einer bahnbrechenden Doktorarbeit über Landrechte und Landnutzung auf den Cookinseln. Von 1962 bis 1969 lebte er in Papua-Neuguinea, wo er Direktor der „New Guinea Research Unit“ der ANU war. Anschließend ging er zur neu gegründeten „University of the South Pacific“ nach Fidschi, wo er bis zu seiner Eremetierung 1989 als Professor für pazifische Studien lehrte.

Durch seine Forschungen und die zahlreichen Publikationen erwarb sich Crocombe weltweit den Ruf eines Experten für pazifische Studien. Von Studenten und Kollegen wurde er liebevoll „Papa Ron“ genannt. Ehemalige Studenten, die sich inzwischen selber als Kenner der „pazifischen Szene“ etabliert haben, loben Crocombes Einsatz in den höchsten Tönen. Professor Crocombe habe nicht nur eigene Forschungsergebnisse veröffentlicht, sondern gerade auch Jungakademiker bei der Veröffentlichung ihrer Arbeiten unterstützt.

Jim Marurai, Premierminister von Crocombes Wahlheimat Cookinseln, sprach von Crocombes Tod als einem „Verlust eines nationalen Kleinods“. Jeder im Pazifik habe von Crocombe gehört oder ihn persönlich gekannt, er sei einer der wichtigsten Botschafter für die Cookinseln gewesen. Crocombe hinterlässt seine lang-

jährige Ehefrau und Forschungskollegin Marjorie Tuainekore, die bis kurz vor seinem Tod noch Direktorin des „Centre for Pacific Studies“ an der ANU war, sowie vier Kinder, 14 Enkelkinder und acht Urenkel.

([http://www.cookislandsnews.com/2009/June/Wed24/Sat20June\\_Papa\\_Ron.pdf](http://www.cookislandsnews.com/2009/June/Wed24/Sat20June_Papa_Ron.pdf), Nachruf Cook Islands News 20.06.09)

## Gesetzesvorlage für Entschädigungsleistungen für Atomwaffentestopfer verabschiedet

**Frankreich:** Am 30. Juni verabschiedete die französische Nationalversammlung einen Gesetzesentwurf, mit dem Opfer der französischen Atomwaffentests in Algerien und Polynesien entschädigt werden sollen. Lange kämpften die Opfer der Tests, allen voran die Atomtestveteranenvereinigungen „Moruroa e Tatou“ in Tahiti und AVEN (L'Association des vétérans des essais nucléaires) für angemessene Entschädigungsleistungen von Seiten der französischen Regierung, die bislang die Forderungen ignorierte.

Bereits im letzten November kündigte der französische Verteidigungsminister Hervé Morin die Gesetzesvorlage an. Das Gesetz soll Ende des Jahres in Kraft treten und diejenigen entschädigen, die während der Tests radioaktiver Strahlung ausgesetzt waren und deren Krankheiten daraus resultieren. Bislang mussten die Kläger beweisen, dass ihre Krankheiten in direktem Zusammenhang mit den Nuklearversuchen standen. Dies soll nun wegfallen, so der französische Verteidigungsminister. Das Gesetz sieht vor, dass der französische Staat bei der Ablehnung des Anspruches eines Strahlenopfers beweisen muss, dass diese Verbindung nicht besteht. Dies stellt eine große Entlastung für die Opfer dar, wurden doch zahlreiche Klagen aufgrund „mangelnder Beweise“ abgelehnt. Trotzdem müssen die Kläger beweisen können, dass sie auf den Testgeländen gearbeitet haben. Das ist jedoch nicht immer leicht, wie die Vertreter von „Moruroa e

Tatou“ bestätigen können. In einem Interview im letzten September mit der Redakteurin des „Rundbriefs“ des Pazifik-Netzwerks (siehe Rundbrief Nr. 78/09, Februar 2009) erklärte John Doom, der Koordinator von „Moruroa e Tatou“, dass die Aufzeichnungen über die Arbeiter auf den Testgeländen lückenhaft seien und damit die Beweisführung sehr erschwert werde.

Nur wenige Tage vor der Verabschiedung der Gesetzesvorlage in Paris entschied in Französisch-Polynesien ein Gericht, dass drei Kinder eines ehemaligen Arbeiters Entschädigungsleistungen erhalten sollen (ca. 7.700 Euro pro Person). Weitere sieben Fälle wurden jedoch vom Gericht entweder abgelehnt oder müssen noch diversen Prüfungen unterzogen werden. Diese Kläger müssen noch beweisen, dass sie auf den Testgeländen gearbeitet haben bzw. dass ihre Krankheiten von der radioaktiven Verstrahlung herrühren.

Roland Oldham, Präsident von „Moruroa e Tatou“, betrachtet dies als beleidigend. Er kritisierte auch die mangelnde Unterstützung der Territorialregierung in Französisch-Polynesien, die in den letzten zweieinhalb Jahren mindestens vier Mal wechselte. Die Politiker würden sich zu wenig um die Wähler kümmern.

Der französische Verteidigungsminister Morin erklärte zu der Gesetzesvorlage weiter, dass man sich bei der Bearbeitung der Klagen an die Richtlinien der Vereinten Nationen halten werde, die eine Liste mit 18 Erkrankungen führen, die auf radioaktive Verstrahlung zurückzuführen sind, darunter unterschiedliche Arten von Krebs. Man sei damit der Bitte der Atomtestveteranenvereinigungen nachgekommen.

Im ersten Jahr sollen 10 Millionen Euro für Entschädigungsleistungen bereitgestellt werden. Danach will man den Fonds je nach Bedarf aufstocken. Die französische Regierung geht davon aus, dass etwa 150.000 Arbeiter und Militärs Anspruch auf Entschädigung erheben könnten.

*Info:* Frankreich begann 1960 mit seinen Atomwaffentests in Algerien und verlegte diese nach der Unabhängigkeit des Landes ins Tuamotu-Archipel nach Französisch-Polynesien. Auf den Atollen Moruroa und Fangataufa wurden zwischen 1966 und 1996 insgesamt 193 Tests durchgeführt, davon 41 atmosphärische. Frankreich hatte immer behauptet, dass die Tests sicher und sauber gewesen seien. Mit dem neuen Gesetz würde Frankreich jedoch gleichzeitig zugeben, dass die Tests gesundheitsschädigend waren oder zumindest gewesen sein könnten. (Artikel von Katja Göbel. Quellen: [www.abc.net.au](http://www.abc.net.au) 26.06.09, Radio Australia 26.06.09, Oceania Flash 01.07.09, Rundbrief 78/09/Interview am 25.09.08)

## ADB unterstützt krisengeschwächte Länder

**Philippinen:** Im Rahmen der 42. Jahreshauptversammlung der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB) auf der indonesischen Insel Bali im Mai 2009 kündigte ADB-Präsident Haruhiko Kuroda weitere finanzielle Unterstützung für die durch die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise extrem betroffenen pazifischen Inselstaaten Fidschi, die Cookinseln, Papua-Neuguinea und Palau an.

Als Antwort auf die globale Krise richtete die ADB noch während des viertägigen Treffens auf Bali einen Fonds („Countercyclical Support Facility“) in Höhe von drei Milliarden US Dollar ein. Aus diesem Fonds sollen asiatische und pazifische Länder relativ zügig und formlos zinsgünstige Darlehen beziehen, um erste Maßnahmen bei der Bewältigung der Krise durchführen zu können. Der Zinssatz für Darlehen aus diesem Fonds wurde niedriger angesetzt als bei der ADB üblich, um eine wirkliche finanzielle Erleichterung für betroffene Staaten zu sein.

An der Jahreshauptversammlung der ADB nahmen über 3.000 Menschen teil, darunter hochrangiger politische Vertreter asiatischer und pazifischer Staaten. Themen der Verhandlungen waren u.a. nachhaltiges Umweltma-

nagement und die wirtschaftliche Neuausrichtung in Zeiten der Krise. Auch über Maßnahmen zum Schutz des Klimas wurde diskutiert. Der bereits im letzten Jahr von der ADB eigens gegründete „Climate Change Fund“ wurde jetzt durch einen „Disaster Response Fund“ in Höhe von 40 Millionen US \$ ergänzt.

ADB-Präsident Kuroda betonte in seiner Rede die Bedeutung des Wirtschaftswachstums für die asiatisch-pazifische Region. Für 2009 sagte die ADB ein Wirtschaftswachstum in Höhe von nur 3,4 % voraus (zum Vergleich: Im Jahr 2007 betrug das Wachstum 9,5 %). Gerade in Krisenzeiten müsse man Anreize für Investitionen schaffen, eine „nahtlose Infrastruktur“ (Zitat Kuroda) aufbauen und den regionalen Handel unterstützen.

Von zentraler Bedeutung sei auch weiterhin die Armutsverringerung in der Region. Für das nächste Jahr prognostizierte Kuroda einen Anstieg der als arm geltenden Menschen in der Region von bislang 60 Millionen auf dann 100 Millionen Menschen.

Um den Auswirkungen der Krise besser entgegenwirken zu können, beschloss die ADB-Jahreshauptversammlung die Verdreifachung ihrer Kapitaldecke von bisher 55 Milliarden US Dollar auf 165 Milliarden Dollar.

*Info:* Die Asiatische Entwicklungsbank ist eine multilaterale Entwicklungsbank mit Sitz in Manila (Philippinen). Sie wurde 1965 gegründet und hat derzeit 67 Mitgliedsländer, darunter 48 Länder aus der asiatisch-pazifischen Region. Ziel der ADB ist die Armutsbekämpfung in Asien und dem Pazifik durch wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit. In ihrem strategischen Rahmenplan (2001 bis 2015) legt die Bank den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit auf die Privatsektorentwicklung, regionale Kooperation und nachhaltige Umweltpolitik. Zur Verwirklichung ihrer Ziele vergibt die Bank zinsgünstige Darlehen und tätigt Kapitalbeteiligungen. Obwohl auch Kreditver-

gaben an den privaten Sektor möglich sind, gehen die meisten Darlehen an den öffentlichen Bereich. (Flash d'Oceanie 18.06.09), <http://www.adb.org/annualmeeting/2009/>, <http://www.adb.org/Media/Articles/2009/12872-asian-financial-crisis/>)

## Bundesumweltministerium unterstützt Pazifikstaaten beim Kampf gegen Klimawandel

**Berlin:** Inselstaaten wie die Marshallinseln, die Republik Palau und die Föderierten Staaten von Mikronesien sind besonders von den Auswirkungen des Klimawandels bedroht. In seinem vierten Sachstandsbericht hat der Zwischenstaatliche Ausschuss für Klimaänderungen (IPCC) keinen Zweifel daran gelassen, dass Inselstaaten im Hinblick auf den steigenden Meeresspiegel, die Verschlechterung des Zustands der Küsten, den Rückgang der Süßwasservorräte und die zunehmende Invasion nicht-einheimischer Arten besonders verwundbar sind. 2006 haben die Präsidenten der drei Pazifikländer und die Regierungschefs der mikronesischen US-Territorien die so genannte "Micronesia Challenge" unterzeichnet, mit dem Ziel, bis zum Jahr 2020 30 % der küstennahen Meeres- und 20 % der Landressourcen zu schützen.

Das im Dezember 2008 vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) lancierte Projekt unterstützt die Umsetzung der "Micronesia Challenge" durch die Ausweisung von Schutzgebieten, um etwas gegen die vier vom IPCC beschriebenen Bedrohungsszenarien zu tun. Dafür wurden Zielgebiete identifiziert, wie der „Yela Swamp Forest“ in den Föderierten Staaten von Mikronesien, der durch den Rückgang der Küste und die voranschreitende Landentwicklung bedroht ist; die „Northern Reefs“ von Palau, die von der Korallenbleiche betroffen sind sowie die Insel Woja (Marshallinseln), der auf Grund von schlecht geplanter Wasserbewirtschaftung eine Trinkwasserknappheit droht.

Die Schutzmaßnahmen basieren auf Vereinbarungen mit den lokalen Stakeholdern. In Palau ist das die „Palau Conservation Society“, in Mikronesien die Gouverneure, die „Environment Landowners Association“, die „Chuuk Conservation Society“ und die „Kosrae Conservation and Safety Organisation“. Lokalpartner auf den Marshallinseln sind die Behörde für Meeresressourcen und die Behörde für Nationalen Umweltschutz.

Das bis Dezember 2010 angelegte Projekt soll den Gemeinschaften den Besitz und die Kontrolle ihrer Ressourcen sichern. Zudem erhalten lokale Institutionen, die diese Maßnahmen durchführen und sich für die nachhaltige sozio-ökonomische Entwicklung in der Region einsetzen, rechtliche Unterstützung. Für das Projekt hat das BMU im Rahmen der „Internationalen Klimaschutzinitiative“ zwei Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

*Info:* Die „Internationale Klimaschutzinitiative“ (IKI) finanziert seit 2008 Klimaschutzprojekte in Entwicklungs- und Schwellenländern sowie in den Transformationsstaaten Mittel- und Osteuropas. Die IKI finanziert sich aus den Emissionshandelserlösen und stellt somit einen innovativen Finanzierungsmechanismus dar, mit dem die Partnerländer im Bereich Klimaschutz unterstützt werden. Mit dieser neuen Form der Zusammenarbeit ergänzt das Bundesumweltministerium die bestehende Entwicklungszusammenarbeit der Bundesregierung. (*The Marshall Islands Journal* 15.05.09, [http://www.bmu-klimaschutzinitiative.de/de/projekte\\_iki?p=1&d=130](http://www.bmu-klimaschutzinitiative.de/de/projekte_iki?p=1&d=130))

## FAO fordert höhere Löhne für Bauern

**Niue:** Der Direktor der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (Food and Agriculture Organization, FAO), Dr. Jaques Diouf (Senegal), hat eine bessere Bezahlung für landwirtschaftliche Produkte gefordert. Die Ernährungsbedürfnisse der Weltbevölkerung könnten nur gedeckt werden,

wenn Bauern für ihre Produkte mehr Geld bekämen.

Diouf sprach Ende Mai vor Landwirtschaftsministern aus 14 Ländern des südwestlichen Pazifiks. Diese waren auf der polynesischen Insel Niue zusammengekommen, um über Maßnahmen zur Ernährungssicherheit zu diskutieren.

Das Treffen der pazifischen Agrarminister findet alle zwei Jahre statt. Ziel des Treffens ist die Vereinbarung einer gemeinsamen Strategie in der Agrar- und Forstwirtschaft sowie im Fischereiwesen. In diesem Jahr ging es auch um die Auswirkungen des Klimawandels auf die Ernährungssicherheit sowie um die Folgen der Weltwirtschaftskrise.

Die FAO rechnet noch in diesem Jahr mit dem Erreichen der 100 Millionen-Grenze, was die Zahl der hungernden Menschen weltweit angeht. Ernährungssicherheit sei von zentraler Bedeutung, wenn man davon ausgehe, dass die Weltbevölkerung bis 2050 auf neun Milliarden Menschen anwachse, sagte Dr. Diouf. Diouf riet den pazifischen Inselstaaten, den Bereich der Aquakultur (d.h. der kontrollierten Aufzucht von Fischen, Muscheln, Krebsen und Algen) weiter auszubauen, hier sähe er großes Potential. (*ABC Radio Australia* 22.05.09, <http://www.fao.org/spfs/spfs-home/en/>)

## MELANESIEN

## PAPUA-NEUGUINEA

### 17 Tote bei Frontalzusammenstoß

17 Menschen starben am 30. Mai bei einem Frontalzusammenstoß zweier Kleinbusse (PMV) auf dem Hiritano Highway bei Bereina, rund 100 Kilometer westlich von Port Moresby. 21 weitere Menschen wurden mit zum Teil lebensbedrohlichen Verletzungen in das Krankenhaus nach Port Moresby gebracht.

Der Hiritano Highway führt von

Port Moresby nach Malalaua. Havila Kavou, Gouverneur der Golf-Provinz, besuchte den Unfallort und gab anschließend eine Pressekonzferenz, in der er den maroden Zustand der Straße beklagte. Dabei beschuldigte Kavou auch direkt die Regierung, Infrastrukturmaßnahmen wie den Ausbau von Straßen nur in den großen Städten wie Lae und Port Moresby durchzuführen. Der Hiritano Highway sei übersät mit Schlaglöchern. Außerdem seien die Straßenränder derart mit Unkraut überwuchert, dass Fahrer die Verkehrszeichen nicht mehr lesen könnten und daher nicht vor steilen und engen Kurven oder Vorfahrtsregeln gewarnt werden könnten. Inzwischen würden viele Bewohner der Golf-Region auf den Seeweg ausweichen und die nicht minder gefährliche Seereise nach Port Moresby antreten. Erst wenige Tage vor dem tödlichen Zusammenstoß der PMVs waren vier Bootsinsassen auf dem Weg in die Hauptstadt ertrunken. (*NZ Herald* 01.06.09, *The National* 11.06.09, 24.06.09, *Post-Courier* 25.06.09)

### 13 Tote bei Flugzeugabsturz

Bei einem Flugzeugabsturz einer Maschine des Typs „Twin Otter“ der einheimischen Fluggesellschaft Airlines PNG am 11. August kamen 13 Menschen ums Leben. An Bord der Maschine befanden sich neun Australier, ein Japaner und drei Neuguineer. Das Kleinflugzeug stürzte in den Bergen bei Kokoda (Stanley Owen Range, Oro Provinz) ab. Die Maschine war auf dem Weg von Port Moresby nach Kokoda, wo die Passagiere ihre Trekkingtour über den berühmten „Kokoda Trail“ beginnen wollten.

Rettungskräfte konnten die Opfer bergen und die Leichenteile in australischen Militärhubschraubern nach Port Moresby ausfliegen. Die Bergung der Leichen gestaltete sich auf 1680 m Höhe als sehr schwierig. (*Radio Australia* 12.08.09, *PNG Gossip Newsletter* 16.08.09, *Post-Courier* 17.08.09)

## Flutkatastrophe auf Neuhannover

Über 4.000 Bewohner der Insel Neuhannover (Provinz Neuirland) haben Anfang August ihre Häuser und Felder verloren. Sintfluartige Regenfälle in den letzten Wochen hatten mehr als zehn Flüsse über die Ufer treten lassen, was zu Erdbeben führte. Die Felder wurden unter Erdmassen begraben, die Haus- und Nutztiere der Menschen ertranken in den Fluten. Insgesamt waren 18 Dörfer mit rund 1.700 Haushalten von den Überschwemmungen und Erdbeben betroffen. Alle Trinkwasserquellen wurden zugeschüttet. Das Rote Kreuz in Kavieng (Insel Neuirland) sprach von der größten Katastrophe, die die Insel in den letzten Jahren erlebt hat. Es leistete Katastrophenhilfe und schickte Nahrungsmittel und Trinkwasser in die betroffenen Regionen im Norden und Westen der auch als „Lavongai“ bekannten Insel. *(Post-Courier 06.08.09, 11.08.09, 18.08.09, Radio Australia 11.08.09)*

## Desaströse Zustände bei der Polizei

Bei einem Krisentreffen beklagten alle Beteiligten die desaströsen Zustände bei der Polizei. An dem Gespräch nahmen der Justizminister Dr. Allan Marat, der Polizeipräsident Gari Baki, der Minister für Innere Sicherheit, Sani Rambai, sowie der Minister für provinzielle Angelegenheiten, Job Pomat, teil. Es wurde festgestellt, dass den Polizeikräften zwei Milliarden Kina (ca. 557 Millionen Euro) fehlen, um voll einsatzbereit zu sein. Gari Baki spezifizierte, wo es an Geld mangelt. So investiert die Regierung nur jährlich 500.000 Kina in den Erhalt und die Renovierung der landesweit 300 Polizeistationen, benötigt würden aber 55 Millionen Kina, um marode Gebäude instand setzen zu können und die Betriebskosten aufzubringen. Um die 4.000 Wohnhäuser für Polizisten wieder bewohnbar zu machen, braucht es 400 Millionen Kina. Der Bundeshaushalt sieht dafür aber nur 50 Mio. vor. Zurzeit können auch nur 4.800 Polizisten ange-

stellt werden, das entspricht einem Verhältnis von 1:1317. Die Vereinten Nationen geben ein Verhältnis von 1:450 als ideal an.

Probleme gibt es auch bei den Dienstfahrzeugen. Von den 785 Fahrzeugen sind nur 485 betriebsbereit. Zudem ist bei diesen der Benzinverbrauch auf 30 Liter pro Tag rationiert. Schlecht bestellt ist es auch um die Dienstuniformen für die Polizisten. Die im Jahr 2008 bewilligten 6,4 Millionen Kina reichen bei weitem nicht aus, um alle Polizisten mit Uniformen auszustatten. Etliche Polizisten haben seit zehn Jahren dieselbe Uniform in Gebrauch.

Der Polizeipräsident wies ebenfalls auf die katastrophalen Zustände im Ausbildungszentrum „Bomana Training College“ hin. Das Gelände und die Gebäude seien dringend sanierungsbedürftig. Gari Baki erläuterte den Teilnehmenden des Krisengipfels auch die Kosten pro Einsatz. Ermittlungen bei schweren Vergehen schlugen mit 17.000 Kina zu Buche. In den vergangenen fünf Jahren habe man 41.662 schwere Verbrechen aufgenommen, davon seien bislang jedoch nur 11.041 Fälle aufgearbeitet worden. In den verbleibenden 30.621 Fällen konnte man aus Personal- und Finanznot keine tiefer gehenden Ermittlungen aufnehmen. *(Sonderbeilage im National 16.06.09)*

## Chinesen investieren in Tunfischfabrik

Die chinesische Firma „Zhoushan Zhenyang Deep-Sea Fishing Co.“ investiert 20 Millionen US Dollar in den Bau einer Konservenfabrik zur Weiterverarbeitung von Tunfisch in Lae (Morobe Provinz). Das „Memorandum of Agreement“ wurde Ende Mai von Fischereiminister Ben Semri, Morobe-Provinzgouverneur Luther Wenge und dem Manager der chinesischen Firma, Li Yong Lie, in Port Moresby unterzeichnet. Bei der geplanten Konservenfabrik handelt es sich um die vierte ihrer Art, jedoch um die erste unter chinesischer Führung. Zhoushan Zhenyang

will nach eigenen Angaben 3.000 Arbeiter beschäftigen. Bisher fischt die chinesische Firma noch nicht selber in den Gewässern von PNG, sie wartet jedoch auf die Erteilung von Fischfang-Lizenzen. *(Islands Business 28.05.09, Radio Australia 28.05.09)*

## Zum Ritter geschlagen

Anlässlich ihres Geburtstages hat die britische Königin Elisabeth II. drei Neuguineer und einen Malaien zu Rittern geschlagen. Den Titel „Knight Commander of the Order of Saint Michael and Saint George“ erhielten für besondere Verdienste Mekere Morauta, Dr. Puka Temu, Tan Sri Tiong Hiew King und Wilson Kamit.

Oppositionsführer Mekere Morauta erhielt die Ehrung für sein langjähriges politisches Engagement in unterschiedlichen Ämtern. Von 1975 bis 1982 war er Finanzminister, von 1999 bis 2002 Premierminister des Staates.

Dr. Puka wurde für seine Verdienste um die öffentliche Verwaltung geehrt. Hiew King, der Vorsitzende des malaysischen Holzkonzerns „Rimbunan Hijau“, erhielt den Ritterschlag für seine Verdienste um den Handel und seine großzügigen Spenden für wohltätige Organisationen. Hiew King ist auch Vorsitzender der „Pacific Star Limited“, die u.a. die englischsprachige Tageszeitung „The National“ herausgibt. Wilson Kamit wurde als Gouverneur der neuguineischen Landeszentralbank geehrt.

Alle ausgezeichneten Personen dürfen fortan ein „Sir“ vor ihrem Namen tragen. *(The National 15.06.09)*

## Erstmals Soldatinnen

Die Streitkräfte von Papua-Neuguinea (Papua New Guinea Defence Force, PNGDF) haben erstmals 25 Frauen in die Ausbildung zur Berufssoldatin aufgenommen. Die Damen haben Mitte Juli im „Goldie Training Depot“ außerhalb von Port Moresby mit der Ausbildung begonnen. Peter Ilau, Oberkommandierender der

Streitkräfte, erklärte, mit der Aufnahme von Frauen als Soldatinnen käme man dem „Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau“ (Convention on the elimination of all forms of discrimination against women, CEDAW) nach, das die Regierung von PNG zwar bereits am 12. Januar 1995 unterzeichnet, jedoch bis heute nicht ratifiziert hat. Die Gleichbehandlung von Frauen und Männern in der Armee sei ein weiterer wichtiger Schritt zur Ratifizierung des UN-Abkommens, sagte Ilau. Noch in diesem Sommer will Premierminister Sir Michael Somare der CEDAW einen Bericht über den Status von Frauen in Papua-Neuguinea vorlegen.

Bislang waren Frauen nur als Polizistinnen und als Mitglieder des Geheimdienstes im Einsatz. Auch die PNGDF beschäftigte fünf Frauen, drei als Pilotinnen und zwei als Rechtsanwältinnen.

(Post-Courier 09.07.09,  
<http://www.un.org/womenwatch/daw/cedaw/cedaw.htm>)

## Rekordzahlen im Tourismus

Die „Tourism Promotion Authority“ (TPA) vermeldet für das Jahr 2008 einen Touristenrekord: 120.000 Besucher reisten nach Papua-Neuguinea und brachten 960 Millionen Kina an Devisen ins Land, wie TPA-Chef Peter Vincent bekanntgab. Der Besucheransturm sei Sinnbild des relativ neuen Trends auf dem Reisemarkt nach unbekannteren Ländern mit einem gehörigen Schuss Abenteuer und Nervenkitzel, sagte Vincent bei der Präsentation der neuen Imagekampagne des TPA. Stand die bisherige Tourismuswerbung unter dem Slogan „PNG Experience“ heißt es nun „PNG, a million different journeys“. Die Kampagne geht einher mit einer neuen online-Bilddatenbank, die von dem Fotografen David Kirkland gestaltet wurde und die einen Einblick in die unterschiedlichen Landschaften und Kulturen Neuguineas geben soll.

Charles Abel, Minister für Kultur und Tourismus, erklärte, die Bedeutung des Tourismus spiegle sich auch im Haushalt wider. Seit Einführung des „Tourismus-Masterplans“ durch die TPA sei das Budget für diesen Sektor kontinuierlich gestiegen. Trotzdem seien die für 2009 bewilligten 13 Millionen Kina bei weitem noch nicht ausreichend. Vizepremierminister Dr. Puka Temu erklärte, er wolle sich bei den nächsten Haushaltsberatungen für eine Erhöhung des Tourismus-Budgets aussprechen. (*The National* 01.06.09, Bilder unter <http://www.pngtourism.org.pg/>, <http://www.kirklandphotos.com/>)

## BOUGAINVILLE

### Kriegsdenkmal eingeweiht

Zum Gedenken an die Opfer der Bougainville-Krise hat der Präsident der Autonomen Provinzregierung von Bougainville (ABG), James Tanis, im Dorf Polamato ein Denkmal eingeweiht. Das Monument zeigt in einem nach oben hin offenen Betonkasten zerbrochene Gewehre auf Steinen und Patronenhülsen. Es steht dort, wo die Abräume aus der seit 1989 geschlossenen Panguna-Mine in den Fluss geleitet wurden. Der Ort Polamato wurde ausgewählt, weil dort der Vizekommandant der „Bougainville Revolutionary Army“, James Singko, lebte. Er hatte die Rebellengruppe Anfang 1988 gegründet.

Mit der Einweihung des Denkmals ging eine „Waffenzerstörungszeremonie“ einher. Es war die erste ihrer Art seit Amtsantritt von Tanis im Januar des Jahres. Auf Einladung des Dorfältesten von Polamato konnten ehemalige Kombattanten ihre Waffen unbrauchbar machen. Die Zeremonie wurde von Robert Hamal Sawa, dem Minister für Frieden, Versöhnung und ‚Abrüstung‘ (Weapons Disposal) geleitet. (*Bougainville News von Vikki John*, 03.08.09)

## SALOMONEN

### Neuer Generalgouverneur

Am 7. Juli 2009 hat Frank Ofagiro Kabui sein Amt als Generalgouverneur der Salomonen angetreten. Er war zum Nachfolger von Sir Nathaniel Waena gewählt worden, der dieses Amt in den letzten fünf Jahren bekleidet hatte. Kabui hatte 1975 als erster Solomon Islander sein Juraexamen an der Universität von Papua-Neuguinea bestanden.

Der 63-jährige aus Nord-Malaita war seit 1980 Generalstaatsanwalt in Honiara. 1994 wurde er zum Vorsitzenden der „Law Reform Commission“ gewählt. Von 1998 bis zu seiner Pensionierung 2006 war Kabui Oberster Richter am Bundesgerichtshof der Salomonen sowie über zwei Amtszeiten Präsident der „Solomon Islands Bar Association“ (SIBA), aus deren Amt er nun für die nächsten fünf Jahre zum Generalgouverneur gewählt wurde.

*Info:* Der Generalgouverneur (Governor-General) auf den Salomonen wird direkt vom Parlament gewählt, dazu waren diesmal bis zum Erreichen der Mehrheit vier Wahldurchgänge nötig. Beim vierten Wahldurchgang erhielt Kabui 30 Stimmen, seine Konkurrenten mussten sich mit jeweils acht (Edmund Andresen) bzw. sieben Stimmen (Nathaniel Waena) geschlagen geben. Die britische Königin Elisabeth II. entscheidet letztendlich über die Annahme oder Verweigerung des vom Parlament gewählten Kandidaten. Anlässlich ihres Geburtstages bestätigte die Königin die Wahl von Kabui und übertrug ihm die Vollmacht über die Salomonen. Für die nächsten fünf Jahre wird Kabui nun de facto der sechste „Head of state“ der Salomonen seit der Unabhängigkeit vom britischen Königreich 1978 sein. (*Solomon Times online, Wikipedia*, <http://www.parliament.gov.sb/index.php?q=node/414>)

## EU weitet Finanzhilfe aus

Der lokale Vertreter der Europäischen Kommission, Abdoul-Aziz Mbaye, und der salomonische Wirtschaftsminister Steve Abana haben ein Abkommen zur weiteren finanziellen Unterstützung der Salomonen aus Geldern der Europäischen Union unterzeichnet. In der nächsten Zeit sollen 7,5 Millionen Euro fließen, mit denen die Salomonen vor allem Mikrokredite an Kleinstunternehmer vergeben wollen sowie den Aufbau von Schulen in ländlichen Regionen fördern wollen.

Insgesamt erhalten die Salomonen zwischen 2008 und 2013 16,5 Millionen Euro aus dem „European Development Fund“ (EDF), mit dem die EU Projekte in den AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik) seit dem Vertrag von Rom im Jahr 1957 finanziert. Mittlerweile gibt es bereits den zehnten EDF, der auf eine Laufzeit von fünf Jahren festgelegt ist. Mit den Fondsgeldern sollen AKP-Länder in finanzieller und technischer Hinsicht unterstützt werden. (Flash d'Océanie 21.05.09, [http://europa.eu/legislation\\_summaries/development/overseas\\_countries\\_territories/r12102\\_en.htm](http://europa.eu/legislation_summaries/development/overseas_countries_territories/r12102_en.htm))

## FIDSCHI

### „Pacific Islands Forum“ kritisiert Fidschi erneut

Am 5. und 6. August 2009 fand das 40. Treffen des „Pacific Islands Forum“ (PIF) in Cairns, Australien, statt. Fidschis Interimsregime und seine harte Linie bezüglich der Aussetzung demokratischer Wahlen bis zum Jahr 2014 stellten wiederum einen wesentlichen Punkt der Agenda dar. Die klare Ansage an Interims-Premierminister Frank Bainimarama ist weiterhin, Fidschi schnellstmöglich in eine demokratische Ordnung zurückzuführen und die Armee aus der Politik abzuziehen. Bis dahin bleibt die Suspendierung Fidschis aus dem Forum mit hoher Wahrscheinlichkeit bestehen. Allerdings gab es im Vorfeld des Forums Stimmen

aus der „Melanesian Spearhead Group“ (MSG), d.h. aus Papua-Neuguinea, den Salomonen und Vanuatu, die anklingen ließen, dass sie möglicherweise während des Treffens für eine Wiederaufnahme Fidschis in das PIF plädieren würden, um dann in diesem Zuge einen gangbaren Weg für die Zukunft zu finden. Sir Michael Somare beispielsweise verurteilte indirekt die Fingerzeigpolitik Australiens und Neuseelands gegenüber dem Krisengeschüttelten Pazifikstaat. Vanuatus Premierminister Edward Natapei bezeichnete Bainimaramas „roadmap to democracy“ als ein durchaus schlüssiges und durchführbares Konzept, dem man Vertrauen schenken sollte.

Diesen Aussagen war ein Treffen der Staatsoberhäupter der MSG in Port Villa (Vanuatu) vorgegangen, das Bainimarama dazu nutzte, seine Agenda noch einmal im Detail auszubreiten. Kurz vor der Versammlung in Australien rudernten die führenden Vertreter des MSG allerdings zurück und bestritten Pläne, Fidschis bedingungslose Wiederaufnahme in das Forum voranzutreiben. Im Umfeld des Treffens in Cairns hatte der auscheidende Vorsitzende des Forums, Niues Premierminister Toke Talagi, für einen Eklat gesorgt, als er die Bevölkerung der Fidschi-Inseln zu zivilen Ungehorsam aufgerufen hatte, um auf diesem Wege die Militärjunta zu stürzen. Ratu Inoke Kubuabola, Fidschis neuer Außenminister, der ironischerweise einer der Schattenfiguren hinter Georg Speights Putschversuch und Rabukas Militärstreichen war, verurteilte die Äußerungen aufs schärfste und bezeichnete darüber hinaus den Generalsekretär des PIFs, Tuiloma Neronmo Slade, als Marionette Australiens und Neuseelands. (Artikel von Dominik Schieder. Quellen: [www.abc.net.au](http://www.abc.net.au), [www.forumsec.org.fj](http://www.forumsec.org.fj), [www.monstersandcritics.com](http://www.monstersandcritics.com), [www.radioaustralia.net.au](http://www.radioaustralia.net.au))

### Fidschis Präsident im Ruhestand

Am 28. Juli 2009 machte Fidschis Premierminister Frank Bainimarama bekannt, dass Präsident Ra-

tu Josefa Iloilo mit sofortiger Wirkung und auf ausdrücklichen eigenen Wunsch in den Ruhestand entsandt wird. Seine schwere Parkinsonerkrankung zwang ihn letztendlich, sein Amt niederzulegen. Ratu Epeli Nailatikau, erst kürzlich zum Vizepräsidenten ernannt, wird bis zur Ernennung eines Nachfolgers von Iloilo als Interimslösung dienen. Kritische Stimmen sprechen von einer erneuten Inszenierung des Regimes. (Artikel von Dominik Schieder. Quellen: [www.fijitimes.com](http://www.fijitimes.com), <http://rawfijinews.wordpress.com>)

### Ex-Putschist managt Farmen

Georg Speight, Anführer des Putsches vom Mai 2000, ist im Gefängnis zum Manager der regierungseigenen Bauernhöfe ernannt worden. Mit Produkten der Farmen werden u.a. die Häftlinge im Hochsicherheitsgefängnis Naboro versorgt, in dem Speight seine Haftstrafe verbüßt. Gefängnisdirektor General Iowane Naivalarua sagte gegenüber dem einheimischen Radiosender Fijilive, man mache sich die Expertise der ehemaligen Putschisten um George Speight zunutze. Speight hat einen Bachelor und einen Master in Wirtschaft von der Andrews University in Michigan (USA). Nach seinem Studium hatte er eine leitende Position bei der Metway-Bank in Australien inne, bevor er 1996 nach Fidschi zurückkehrte. Hier war er Geschäftsführer von „Fiji Pine“, von der „Fiji Hardwood Corporation“ und später von „Health Fiji“, bevor er am 19. Mai 2000 gegen die damalige Regierung unter dem indischstämmigen Premierminister Mahendra Chaudhry putschte und Parlamentarier als Geiseln im Parlament gefangen setzte. 2002 war Speight zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Die gleichzeitig mit ihm inhaftierten Mitglieder der „Counter Revolutionary Warfare Unit“, einer von der Armee abgespaltenen militärischen Elite-truppe, die den Putsch unterstützte, sind nach Angaben des Gefängnisdirektors zu Ausbildern des Gefängnis-Bewachungspersonals

ernannt worden. Auch Josefa Nata, ehemaliger Medienberater von Speight während des Putsches, engagiert sich im Gefängnis. Er leitet das „Yellow Ribbon Project“, das sich für die Rehabilitierung entlassener Strafgefangener einsetzt.

General Naivalurua gab nicht bekannt, wann Speight aus dem Gefängnis entlassen wird. Sein Einsatz für die Bewirtschaftung der Farmen könnte sich jedoch positiv auf seine Beurteilung auswirken, so dass er eventuell nach neun Jahren begnadigt wird, erklärte der zuständige Staatsanwalt. (*Fiji-ive 14.07.09, Wikipedia EN*)

## AIDS-Infozentrum eröffnet

Anfang Juli hat in der fidschianischen Hauptstadt Suva das „Pacific STI and HIV Research Centre“ eröffnet. Geleitet wird das Forschungs- und Beratungszentrum zu sexuell übertragbaren Krankheiten und AIDS von Frau Avelina Rokodura. Das Zentrum wurde von Dr. Dennie Iniakwala eingeweiht, dem Leiter der Abteilung für STI und AIDS beim Sekretariat der Pacific Community. Es hat seinen Sitz bei der Fiji School of Medicine. Die Eröffnung des lang geplanten Instituts gelang durch eine Anschubfinanzierung in Höhe von 80.000 US Dollar durch die australische Entwicklungshilfeorganisation AUSAid. Das PSHRC (so die Abkürzung) ist ein gemeinsames Projekt der Fiji School of Medicine, der University of New South Wales (Australien) und der University of the South Pacific. (*ABC Radio Australia 03.07.09, [http://www.unaids.org/fj/index.php?option=com\\_content&view=article&id=310:pac-sti-a-hiv-research-centre-call-for-papers&catid=23:hiv-in-the-pacific&Itemid=68](http://www.unaids.org/fj/index.php?option=com_content&view=article&id=310:pac-sti-a-hiv-research-centre-call-for-papers&catid=23:hiv-in-the-pacific&Itemid=68)*)

## VANUATU

### Flugplatz auf Pentecost eingeweiht

Der Premierminister Edward Natapei und die französische Botschafterin für Vanuatu, Françoise Maylié, haben Anfang Juli einen

Regionalflyghafen im Dorf Lonore auf der Insel Pentecost eingeweiht. Finanziert wurde der 4,4 Millionen Euro teure Flughafen von der französischen Entwicklungshilfeorganisation AFD (Agence Française pour le Développement). Der Flughafen dient nur Inlandsflügen, er kann von Maschinen des Typs ATR und Dash 8 angefliegen werden. Botschafterin Maylié betonte die Bedeutung des Flughafens nicht nur für die einheimische Bevölkerung, sondern vor allem für den Tourismus. Die Insel Pentecost ist berühmt für ihre Lianenspringer vom Volk der Sa, die sich alljährlich zwischen April und Juni von hohen Sprungtürmen in die Tiefe stürzen. Das traditionelle Turmspringen hat sich inzwischen zu einem touristischen Großevent gemauert.

*Info:* Pentecost mit seinen rund 12.000 Einwohnern ist eine der 83 Inseln von Vanuatu. Die 490 Quadratkilometer große Insel liegt 190 Kilometer nördlich von der Hauptstadt Port Vila (Insel Efate). Pentecost ist gebirgig, die Gebirgskette erstreckt sich über 60 Kilometer durch die Insel. (*Flash d'Océanie 06.07.09*)

## KANAKY (NEUKALEDONIEN)

### 20.000 demonstrieren gegen Gewalt

Rund 20.000 Menschen haben am 12. August in der neukaledonischen Hauptstadt Nouméa gegen die seit Wochen eskalierende Gewalt im Land demonstriert. Zu den Demonstranten gesellten sich Geschäftsleute, Angestellte des Öffentlichen Dienstes und Lokalpolitiker. Der Präsident der Territorialregierung, Philippe Gomès, hatte sehr zum Missfallen der die Unabhängigkeit von Frankreich befürwortenden Parteien allen Parlamentariern die Teilnahme an der Demonstration genehmigt. Die Politiker konnten ohne Gehaltseinbußen an der halbtägigen Veranstaltung in der Innenstadt teilnehmen. Die Unabhängigkeitspartei FLNKS (Front de Libération

Nationale Kanak et Socialiste) veröffentlichte ein Communiqué, in der sie ihrem Ärger über die Befürwortung der Demonstration durch den Präsidenten Ausdruck verlieh. Es könne nicht angehen, dass Politiker quasi „zwangsverpflichtet“ zur Teilnahme an der Demonstration würden.

Die Organisatorin des Protestmarsches, Nathalie Bringuier, erklärte den Protestzug zu einer absolut apolitischen Angelegenheit. Man habe sichtbar machen wollen, dass in Neukaledonien alle Menschen unabhängig von ethnischer Zugehörigkeit, Einkommen oder Beruf zusammengehörten und dass alle Einwohner in Frieden und ohne Angst vor Gewaltexzessen auf den Straßen leben wollten.

Der Marsch war bestens vorbereitet worden. Im Vorfeld waren 5.000 eigens angefertigte T-Shirts für die Demonstrationsteilnehmer verteilt worden. Darauf war folgender Spruch zu lesen: „Si y'a pas toi, y'a pas moi“ (Ohne Dich gibt es kein Mich). Der Slogan sollte an die jahrelangen Versöhnungsbemühungen zwischen den Befürwortern einer politischen Unabhängigkeit von Frankreich und dem Beibehalt des Status als französisches Überseeterritorium erinnern. Inzwischen ist Neukaledonien eine sogenannte „Collectivité sui generis“. (*Les Nouvelles Calédoniennes online, Oceania Flash 12.08.09, La lettre de Kanaky Juli-August 2009*)

### Neukaledonier im Europäischen Parlament

Der Neukaledonier Maurice Ponga ist am 7. Juni als Abgeordneter für Neukaledonien ins Europäische Parlament eingezogen. Er wurde für die nächsten fünf Jahre gewählt und wird in Straßburg nun die Belange der rund 500.000 Bewohner des französischen Überseegebietes vertreten. Der 62-jährige aus Kouaoua an der Ostküste der Hauptinsel Grande Terre ist Mitglied der französischen konservativen Partei UMP.

Der Unabhängigkeitsgegner begann seine politische Karriere 1995. Zuvor hatte Ponga als Grundschullehrer und später in der Lehrerausbildung gearbeitet. Von 1999 bis zu seiner Wahl ins Europa-Parlament hatte er in den Kabinetten aller Territorialregierungen wichtige Ministerämter inne, u.a. das Ministerium für Landwirtschaft und Fischerei sowie das Ministerium für Jugend und Sport.

*Info:* Frankreich vergibt drei seiner insgesamt 72 Sitze im Europäischen Parlament an die französischen Überseegebiete. Bisher wurden diese meist von Abgeordneten der Insel Reunion im Indischen Ozean besetzt - sie hat die meisten Einwohner und damit die meisten Wähler. Um mehr Chancengleichheit herzustellen, wurden die Bedingungen für den Einzug ins Parlament modifiziert, so dass Ponga nach Straßburg wechseln konnte. Hier und in seinem Büro in Brüssel will er je drei bis vier Monate am Stück verbringen, um dann für zwei bis drei Wochen zurück zu seiner Familie nach Nouméa zu fliegen. Am Ende seiner Amtszeit im Jahr 2014 wird es in Neukaledonien ein Unabhängigkeitsreferendum geben. Ponga spricht sich seit jeher vehement gegen die Abkehr von Frankreich und damit vom europäischen Festland aus. Immerhin bestreitet Frankreich mit seinen Zahlungen gut ein Drittel des neukaledonischen Bruttoinlandsprodukts. Gelder aus dem europäischen Entwicklungsfonds fließen in Straßen und in Bildung auf der Insel. Um die Neukaledonier von der europäischen Idee zu überzeugen, will Ponga auch in Nouméa ein EU-Büro eröffnen. Hier will er bekannt machen, was Europa für den Pazifik leistet und so für den Verbleib der Inseln bei Frankreich werben.

Schon einmal war ein Neukaledonier in das Europäische Parlament gewählt worden. Von 1989 bis 1994 vertrat Senator Dick Ukeiwé die Interessen des pazifischen Inselstaates in Europa. (*Oceania Flash* 08.06.09, *Deutschlandfunk* 27.07.09, <http://www.europarl.europa.eu/members/>, [http://fr.wikipedia.org/wiki/Maurice\\_Ponga](http://fr.wikipedia.org/wiki/Maurice_Ponga))

## MIKRONESIEN

### Baustart von Hotel-Großprojekt

**Nördliche Marianen:** Die koreanische Firma „Neo Goldwings Paradise“ hat Anfang Juli den Baubeginn des bislang größten Hotelkomplexes auf der Insel Tinian gefeiert. Dazu waren die Investoren aus Kalifornien, China, Taiwan und Südkorea nach Tinian eingeladen worden. Hier entsteht ein eine Milliarde US Dollar teures Hotel mit 1.000 Zimmern samt Spielkasino. Auf dem 300 Hektar großen Grundstück sollen zudem ein Golfplatz und 400 Villen für die Besucher des Casinos gebaut werden. Hyun Myung, Präsident von Goldwings Paradise, erklärte, das Super-Resort werde seinen Gästen ganzjährig ein umfangreiches Animations- und Unterhaltungsprogramm bieten. Das Sechs-Sterne-Hotel würde das „Manhattan des östlichen Asiens“, erklärte Myung, der auf die geostrategische Lage von Tinian hinwies. Die Insel ist aus den jeweiligen Investorländern in je drei bis vier Flugstunden erreichbar.

*Info:* Tinian ist neben Saipan und Rota eine der drei großen Inseln des insgesamt 14 Inseln umfassenden „Commonwealth of the Northern Mariana Islands“. Die Inseln haben eine wechselvolle Kolonialgeschichte hinter sich: Von 1670 bis 1898 standen sie unter spanischer Herrschaft. Von 1899 bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914 gehörte Tinian zum Deutschen Reich. Von 1914 bis 1941 übernahmen die Japaner die Kontrolle über die Marianen-Inseln. Nach dem Zweiten Weltkrieg verwalteten die USA in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen Tinian als Treuhandgebiet. 1972 wurden die Marianen-Inseln auf eigenen Wunsch unabhängig vom Rest des US-Außengebiets Mikronesien. 1978 trat ein Abkommen mit den Vereinigten Staaten in Kraft, das neben der Verfassung des neugegründeten Commonwealth der Nördli-

chen Marianen eine enge politische Bindung an die USA begründete. Tinians Staatsoberhaupt ist seitdem der US-Präsident, die offizielle Währung der US-Dollar.

Heute leben auf Tinian rund 3.500 Einwohner vom Tourismus und der Glücksspielindustrie. Diese ist seit 1989 gesetzlich erlaubt. Das Casino befindet sich in dem bis dato größten Hotel der Insel, dem Luxushotel „Dynasty“. Der Hotel-Neubau von Goldwings Paradise soll den Glücksspieltourismus weiter ankurbeln und verheißt neue Arbeitsplätze. (*Marianas Variety* 01.07., 03.07.09, <http://www.casinocompendium.com/neogoldwings.html>, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/CQ.html>)

### Chamorro-Wörterbuch veröffentlicht

**Guam:** Die Regierung von Guam hat Ende Juni das erste Wörterbuch in der Sprache der einheimischen Bevölkerung, dem Chamorro, veröffentlicht. Die zunächst gedruckten 3.000 Exemplare sollen kostenlos verteilt werden. Das Wörterbuch sollte bereits vor etlichen Jahren veröffentlicht werden, dies scheiterte jedoch an diversen Gründen.

An dem Wörterbuch beteiligten sich Linguisten, Historiker und Sprachforscher.

*Info:* Das Chamorro ist eine west-malayo-polynesisische Sprache und gehört damit zu den austronesischen Sprachen. Gesprochen wird Chamorro auf den Nördlichen Marianen und auf Guam, doch auch in den USA gibt es Chamorro-Sprecher. Obwohl die Marianen einschließlich Guam zu Mikronesien gerechnet werden, steht das Chamorro den Sprachen Indonesiens und der Philippinen näher als dem zu den eigentlichen mikronesischen Sprachen gehörigen Karolinischen, welches auf einigen Nördlichen Marianeninseln (Saipan, Anatahan und Agrihan) gesprochen wird. In den letzten Jahrzehnten ist die Zahl der Chamorro-Sprecher insgesamt zurückgegangen, doch verschiedene Kampagnen versuchen, dieser

Entwicklung entgegenzuwirken.

Guam ist die größte und südlichste Insel des Marianen-Archipels im Westpazifik. Sie ist ein nichtinkorporiertes Territorium der USA.

*(Flash d'Océanie 22.06.09, Email Prof. Thomas Stolz, Uni Bremen)*

## Atoll Likiep ist online

**Marshallinseln:** Erstmals hat ein abgelegenes Atoll der Marshallinseln ein sogenanntes „Tele-Center“ bekommen. Mit Unterstützung der australischen Entwicklungshilfeorganisation AUSAid installierte die „International Telecommunications Union“ (ITU) im Bürgerhaus von Likiep die Hardware wie Satellitenschüssel, Solarpaneele zur Stromerzeugung, Batterien, Drucker und Laptop. Der Bürgermeister von Likiep, James Capelle, ging als erster Atollbewohner online und verschickte eine Email mit folgendem Wortlaut: „*Hello to all Marshall Islanders around the world... I am sending this message to inform you that Likiep is using Internet and Telefone*“.

Likiep ist das erste einer ganzen Reihe von abgelegenen Inseln, die in den nächsten Jahren Zugang zum Internet bekommen sollen. Insgesamt will der Projektträger, das Sekretariat der Pacific Community (SPC), 13 Inselchen mit dem technischen Equipment ausstatten.

Auf Likiep wird AUSAid die jährlichen Kosten für den Satellitenzugang in Höhe von 3.600 US \$ in den nächsten zwei Jahren tragen. Danach sollen die Kosten gemeinsam vom Bildungs- und Gesundheitsministerium sowie vom Verkehrsministerium übernommen werden. Ein Sprecher des Verkehrsministeriums betonte die Vorteile des direkten Internetzugangs. Dieser ermögliche sowohl den schnellen Austausch mit der Regierung und den Behörden im mehr als 500 Kilometer entfernten Majuro (der Hauptinsel der Marshallinseln) als auch die schnellere Versorgung von Kranken, da man Fotos der Erkrankten an das Krankenhaus in Majuro mailen

könnte und die Ärzte so eine bessere Ferndiagnose stellen könnten.

**Infos:** Likiep ist ein Atoll der Ratak-Kette der Marshallinseln. Das Atoll hat eine Landfläche von 10,26 km<sup>2</sup>, die eine Lagune von 424 km<sup>2</sup> Größe umschließt. Derzeit leben hier 600 Menschen. Die Geschichte Likieps ist eng mit deutschen Kolonisationsbestrebungen im Pazifik verbunden. So wird auf Likiep schon seit Ende des 19. Jahrhunderts Kopra für den Export produziert. Die Kopraproduktion wurde maßgeblich durch zwei europäische Familien gefördert. Zum einem durch die deutsche Familie Capelle und zum anderem durch die portugiesische Familie deBrum. 15 Häuser und eine deutsche katholische Kirche, die im Zeitraum von 1880 bis 1937 auf dem Atoll errichtet wurden, zeugen vom großen Einfluss der Europäer, vor allem in architektonischer Hinsicht. Heute gehören die historischen Gebäude zum UNESCO-Weltkulturerbe.

Wirtschaftliche Bedeutung haben heute die Kopraproduktion, der Tourismus und der weltweite Export von seltenen Speisefischen wie dem Gelbflossen-Tun und typischen Korallenriff-Fischen.

*(Marianas Variety 18.06.09, <http://likiepatoll.com/>, [www.wikipedia.org](http://www.wikipedia.org), [http://www.spc.int/lrd/information\\_communication\\_extension.htm](http://www.spc.int/lrd/information_communication_extension.htm), <http://whc.unesco.org/en/tentativelists/2066/>)*

## Kampagne gegen Tuberkulose gestartet

**Kiribati:** Zur Eindämmung der stark gestiegenen Tuberkulose-Erkrankungen hat das Gesundheitsministerium Mitte Juni eine groß angelegte Öffentlichkeitskampagne gestartet. Die Kampagne beinhaltet Workshops, Handzettel, Poster und Broschüren. Der für die Tuberkulose zuständige Mitarbeiter des Ministeriums, Dr. Ken Reeue, sagte, Kiribati halte mit 176 registrierten Erkrankungen im Jahr 2008 den Rekord in der Region Mikronesien. Davon erkrankten 125 Personen auf der Hauptinsel in South Tarawa und 51 weitere auf den äußeren Inseln des Atolls.

Das Sekretariat der Pacific Community (SPC) gab bekannt, dass in Mikronesien durchschnittlich jährlich 140 Tuberkuloseerkrankungen (gerechnet auf 100.000 Menschen) auftreten. In Melanesien liegt die Zahl der Erkrankungen bei 37 von 100.000, in Polynesien sogar nur bei 19 pro 100.000 Menschen.

**Info:** Die Tuberkulose („Schwindsucht“) ist eine bakterielle Infektionskrankheit, die am häufigsten die Lungen befällt. Sie führt die weltweite Statistik der tödlichen Infektionskrankheiten an. 2006 forderte die Krankheit nach der 2008 herausgegebenen Schätzung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) etwa 1,5 Millionen Menschenleben. *(Radio NZ International 14.06.09, <http://de.wikipedia.org/wiki/Tuberkulose>)*

## EU-finanziertes Gesundheitsprojekt vor Abschluss

**Kiribati:** Ein durch die Europäische Union mit 50 Millionen US Dollar unterstütztes Gesundheitsprojekt auf Kiribati steht kurz vor der Vollendung. Anfang Juli wurden auf der Insel Butaritari im Norden des Inselstaates ein Zentralkrankenhaus sowie sieben kleinere Gesundheitsposten fertig gestellt.

Der EU-Koordinator für das Kiribati-Gesundheitsprojekt, Rodney Yee, erklärte, dass die Europäische Union den Bau und die medizinische Ausstattung von insgesamt 75 Krankenstationen auf den Inseln finanziere. Es fehlten jetzt noch Krankenstationen auf den drei Inseln Maiana, Kuria and Tabiteuea North. Auf den drei Inseln South Tarawa, Betio und Kiritimati werden keine neuen Krankenstationen gebaut, da dort ausreichend medizinische Versorgungsmöglichkeiten vorhanden sind, erläuterte Yee weiter.

Bei der Einweihung der neuen Gebäude auf Butaritari sagte die Vizepräsidentin Teim'a Onorio, die Regierung fühle sich durch die finanzielle Unterstützung zum Bau der Hospitäler auf den entlegenen Inseln des Archipels geehrt. Kiri-

bati ist mit einer West-Ost-Ausdehnung von 4.835 Kilometern einer der flächenmäßig größten Staaten im Pazifik. (RNZI 06.07.09, Marshall Islands Journal 10.07.09)

## Australien finanziert Sportprojekte

**Kiribati:** Mit 15.000 Dollar unterstützt Australien das „Sport for life“-Projekt der Regierung von Kiribati. Das Geld wurde anlässlich des 30. Jahrestages der Unabhängigkeit Kiribatis persönlich übergeben von Duncan Kerr, dem Referenten für pazifische Angelegenheiten im australischen Parlament. Das Gastgeschenk erhielt Rikiau Takeke, der Minister für Inneres und Soziales. Mit dem Geld soll das regierungseigene Sportprogramm weiter ausgebaut werden. Die Regierung unterstützt seit Jahren die Durchführung von Maßnahmen zur Gesundheitsfürsorge auf den Inseln, da hier besonders viele Menschen an Fettleibigkeit und Diabetes erkrankt sind. Sport sei eine gute Möglichkeit, etwas für die eigene Gesundheit zu tun, erklärte Minister Takeke. Mit den australischen Geldern sollen Sportwettkämpfe ausgerichtet werden, Sport- und Spielgeräte für die Sportclubs auf den einzelnen Inseln angeschafft werden sowie junge Menschen an den Vereinssport herangeführt werden. (Rongorongo Man 24.07.09)

## POLYNESIEN

## WEST- UND ZENTRALPOLYNESIEN COOKINSELN

### Palau nimmt Uiguren auf

**Palau:** Nach der überraschenden Zusage des palauischen Präsidenten Johnson Toribiong im Juni des Jahres, Uiguren (chinesische Muslime aus dem Westen Chinas) aus dem amerikanischen Strafgefangenenlager Guantanamo aufzunehmen, wurden Mitte August

Details bekannt. Hieß es zunächst noch, Palau werde 17 Uiguren aufnehmen, erklärte Toribiong jetzt, dass nur vier bis neun der verbliebenen 13 Uiguren nach Koror kommen werden. Bislang wurde nicht bekannt, wie viel Geld die USA an Palau für die Aufnahme der aus China stammenden Uiguren zahlen wird. Anonyme Quellen sprechen von 200 Millionen Dollar, die von den USA für „Entwicklung, Unterstützung des Haushalts und andere Hilfe“ bereitgestellt werden sollen.

Böse Zungen behaupten, Palau habe sich zur Aufnahme der ehemaligen Gefangenen erklärt, weil sich die Regierung in den letzten Verhandlungszügen über eine Bewertung und Neuausrichtung des „Compact of free association“ (Assoziierungsvertrag) mit den USA befindet. Präsident Toribiong bestritt jedoch gegenüber den Medien, er wolle die Uiguren aus taktischen Gründen aufnehmen. Es handle sich um einen rein „humanitären Akt“, der die langjährige Freundschaft zwischen den USA und Palau untermauern solle. Palau erkennt die Volksrepublik China offiziell nicht an und tritt für die Anerkennung Taiwans als eigenen Staat ein.

Die Republik Palau ist seit 1994 unabhängig. Sie schloss mit den USA einen Assoziierungsvertrag, diese ist für die Verteidigung und die Außenpolitik zuständig.

*Info:* In Guantanamo saßen seit 2001 insgesamt 22 Uiguren ein, die in Afghanistan und Pakistan gefangen genommen worden waren. Bereits 2004 waren sie nicht mehr als „feindliche Kämpfer“ eingestuft worden und hätten ausgeliefert werden können. Allerdings hatte sich nur Albanien bereit erklärt, fünf Ex-Häftlinge aufzunehmen, für den Rest fand sich kein aufnahmewilliges Land.

(www.heise.de, Palau Horizon 10.06.09, 12.08.09, Radio NZ International 06.08.09)

### Der Präsident bloggt

**Palau:** Der 63-jährige Präsident der Republik Palau, Johnson Toribiong, hat als erster Präsident eines pazifischen Staates einen ei-

genen Blog im Internet gegründet. Mit seinem persönlich geführten Internet-Tagebuch wolle er dem Ruf nach mehr Transparenz bei den Regierungsgeschäften gerecht werden, erklärte Toribiong. Dabei beließ es der Präsident nicht nur bei der reinen Ankündigung. Als einer der ersten Einträge im Blog befindet sich eine Gehaltsübersicht über Politikergehälter in Palau im Vergleich zu den Gehältern in den USA. Neben persönlichen Eintragungen (z.B. Kondolenzschreiben) werden auf dem Blog auch alle neuen Gesetze und Änderungen ausführlich erläutert. Damit käme man dem Wunsch der im Ausland lebenden Palauer nach, die sich über rechtliche Änderungen in ihrer Heimat informieren wollten, erklärte Toribiong.

Der Blog ist im Internet zu finden unter folgender Adresse: <http://belaublog.wordpress.com/> (Palau Horizon 29.07.09)

## Tuvalu wird Klimaneutral

**Tuvalu:** Bis zum Jahr 2020 will der pazifische Inselstaat Tuvalu Kohlenstoff-neutral („carbon neutral“) werden, d.h. der Staat wird nicht mehr Kohlendioxid emittieren, als die Natur wieder aufnehmen kann. Das gab der Minister für Öffentliche Versorgungsbetriebe, Kausea Natano, bekannt. Anstelle wie bisher auf importiertes Diesel zur Stromgewinnung zurückzugreifen, will sich Tuvalu komplett von Treibstoffimporten unabhängig machen und stattdessen Strom aus Wind- und Sonnenenergie generieren. Die Regierung rechnet für die Umrüstung der öffentlichen Energieversorgungsbetriebe mit Kosten in Höhe von 20 Millionen US Dollar. Als erster Schritt wurde bereits das Fußballstadion in der Hauptstadt Funafuti mit einer 410.000 US Dollar teuren Solaranlage ausgerüstet.

Nick Nuttall, Sprecher des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (United Nations Environment Programme) erklärte, die Umstellung Tuvalus auf erneuerbare Energien habe keinen Ein-

fluss auf die weltweit emittierte Menge an Treibhausgasen, da Tuvalu mit seinen rund 12.400 Einwohnern einfach zu klein sei. Jedoch könne der Schritt des Pazifikstaates ein Vorbild für andere Staaten sein, sich ebenfalls der Kohlenstofffreien Energiegewinnung zu verschreiben. Folgende Staaten haben sich ebenfalls der Klimaneutralität verpflichtet: Costa Rica, Äthiopien, Island, Malediven, Monaco, Neuseeland, Niue, Norwegen, Pakistan und Portugal. (BBC News 20.07.09, <http://www.unep.org/climateutral>)

### Samoas Bank für Mikrokredite ausgezeichnet

**Samoa:** Das Programm zur Vergabe von Kleinkrediten der „Development Bank of Samoa“ (DBS) ist mit dem ADFIAP-Preis 2009 ausgezeichnet worden. (ADFIAP = Association of Development Financing Institutions in Asia and the Pacific). Vertreter der DBS erhielten den Preis am Rande der Jahreshauptversammlung der ADFIAP im April im Sultanat Oman. Die samoanische Bank wurde in der Kategorie der Armut-reduzierenden Projekte (Development Finance-led Poverty Reduction Projects) ausgezeichnet.

In Kooperation mit dem Ministerium für Frauen und ländliche Entwicklung (Ministry of Women, Social and Community Development) vergibt die Bank seit 2008 Kleinkredite an Frauengruppen in Dörfern auf den Inseln Upolu und Savai'i. Allein bis März 2009 hatte die Bank 783 Frauen in 25 Dörfern mit Kleinkrediten bei der Verwirklichung Einkommensschaffender Projekte in den Dörfern unterstützt. Insgesamt wurden 886.350 Dollar verliehen, die Rückzahlung der Kreditsumme erfolgte zu 100 %. Zusätzlich konnten die Frauen Geld sparen, das nach Rückzahlung der Kredite den einzelnen Mitgliedern der Spargruppen zur Verfügung gestellt werden soll. (Samoa Observer 28.05.09, [http://www.adfiap.org/docs/2009\\_adfiap\\_awaideas.pdf](http://www.adfiap.org/docs/2009_adfiap_awaideas.pdf), <http://www.adfiap.org/index.php>)

### Führungsglück mit deutschen Opfern

**Tonga:** Bei einem der schwersten Führungsglücke im Pazifik ist auch ein deutsches Paar aus Bayern ums Leben gekommen. Der 28-jährige Mann und seine 27-jährige Freundin aus München befanden sich an Bord des Fährschiffes „Princess Ashika“, das sich mit 128 Menschen am 5. August auf der Fahrt von der tonganischen Hauptstadt Nuku'alofa zur Insel Ha'afeva befand. Bei starkem Wellengang und Sturmböen bekam das Schiff wegen verrutschter Fahrzeuge Schlagseite und kenterte nach Absenden eines Notrufs gegen 23 Uhr innerhalb weniger Minuten rund 86 Kilometer nordwestlich von Nuku'alofa. Die 38 Jahre alte Fähre war auf der Route nur als Ersatzschiff bis zur Fertigstellung einer neuen Fähre unterwegs, sie war jedoch noch kurz vor Fahrtantritt gewartet worden.

54 Menschen überlebten den Untergang der Fähre, 74 Menschen starben. Es konnten jedoch bislang nur zwei Leichen geborgen werden, da das Wrack zu tief gesunken ist.

Am 25. August fand an der Stelle des Untergangs auf offener See eine Gedenkveranstaltung statt. Dazu hatten sich auf mehreren Schiffen über 500 Angehörige der Opfer sowie Vertreter aus Kirche und Politik (u.a. der Premierminister Dr. Feleti Sevele) versammelt. Die tonganische Tageszeitung „Matangi Tonga“ berichtete ausführlich mit einer Fotostrecke über die ergreifende Trauerzeremonie auf See. Tonganer bestatten ihre Toten normalerweise im Garten hinter dem Haus im Familiengrab, an das sie zeitlebens Opfergaben bringen. Zur Trauer um den Verlust der Angehörigen kommt nun die Tatsache, dass die Opfer nicht geborgen werden können. Als Zeichen einer symbolischen Grablegung versenkten Mitglieder des tonganischen Königshauses und Armeeingehörige eine schwarze Marmorplatte, in die alle 74 Namen der Todesopfer eingraviert worden waren. Die Trauerzere-

monie endete mit dem Überbordwerfen von Blumenkränzen.

Das verunglückte Münchner Paar war seit Oktober 2008 in Asien unterwegs. Sie wollten sich bis Anfang 2010 eine Auszeit vom Berufsleben gönnen. (BBC News online, Radio Australia online, FLZ 21.08.09, Matangi Tonga, 6. bis 26.08.09, [http://www.matangitonga.to/article/tonganews/outerislands/20090826\\_ashika\\_burial-at-sea.shtml](http://www.matangitonga.to/article/tonganews/outerislands/20090826_ashika_burial-at-sea.shtml))

### Frankreich stiftet Militärlastwagen

**Tonga:** Die französische Regierung hat den tonganischen Streitkräften „Tonga Defence Services“ (TDS) 15 Militärlastwagen geschenkt. Anlass des Geschenkes war die Einführung des neuen französischen Botschafters im Pazifik, Michel Monnier, der von Fidschi aus zu seinem Antrittsbesuch bei König Tupou George V. war. Monnier wurde von General Martial de Braquilanges begleitet, dem Oberbefehlshaber der französischen Streitkräfte von Neukaledonien. Die Militärlastwagen im Wert von rund 1,1 Millionen US \$ waren von der französischen Armee ausgemustert worden. Bei der Übergabe der auf Vordermann gebrachten Fahrzeuge betonte General de Braquilanges die französisch-tonganische Freundschaft. In der Vergangenheit haben sich die TDS mehrfach an militärischen Übungen in Kooperation mit den neukaledonischen Streitkräften beteiligt. (Oceania Flash 05.06.09)

### Erstmals Klimawandel-Minister

**Tonga:** Klimawandel wird zur Regierungssache im Königreich Tonga. Premierminister Dr. Feleti Sevele berief den Adligen Ma'afu Tukui'aulahi zum neuen Umweltminister und gab bekannt, dass der Arbeitsschwerpunkt des Umweltministeriums künftig auf dem Klimawandel liegen soll. Die Folgen des Klimawandels gehörten bis dato zum Portefeuille des Ministeriums für Bodenschätze. Der neue „Klimawandel-Minister“ soll

sich u.a. um Anpassungsstrategien an die Auswirkungen des Klimawandels kümmern.

Ma'afu war von 2001 bis zu seiner Pensionierung 2006 Privatsekretär des tonganischen Königs. Davor arbeitete er über 20 Jahre als Offizier bei den Streitkräften „Tonga Defence Services“. Nach den Parlamentswahlen 2008 zog er als Repräsentant des Adels ins Parlament ein und vertritt dort die Inselgruppe Tongatapu. Ma'afu ist Führer des Ha'a Havealahi's Klans, einem der wichtigsten und ältesten Adelsgeschlechter auf Tonga. (*Flash d'Océanie* 30.07.09, <http://parliament.gov.to/nobles/Maafu.html>)

### Informationsfreiheit für Cookinseln

**Cookinseln:** Als erster pazifischer Staat haben die Cookinseln ein Gesetz zur Informationsfreiheit (Freedom of Information Act) verabschiedet. Sie haben damit dem Wunsch der Vereinten Nationen (UN) nach der Veröffentlichung bisher unter Verschluss gehaltener Informationen und Dokumente aus dem Öffentlichen Dienst entsprochen. Die UN bemühen sich um die Staaten, die noch keine Gesetze über die Offenlegung von Informationen haben und unterstützen sie bei der Ausarbeitung der Gesetzgebung. Rechtsanwältin Charmaine Rodrigues, die bei den UN für die Gesetze zur Informationsfreiheit zuständig ist, begrüßte den Vorstoß der Cookinseln und äußerte sich zuversichtlich, dass auch Palau, Nauru und die Salomonen derartige Gesetze verabschieden werden.

Der Verabschiedung des „Official Information Act“ durch das Parlament der Cookinseln waren fünfjährige Verhandlungen vorausgegangen. Das Informationsfreiheitsgesetz gewährt jeder Person einen voraussetzungslosen Rechtsanspruch auf Zugang zu amtlichen Informationen von Behörden. Eine Begründung durch Interesse rechtlicher, wirtschaftlicher oder sonstiger Art ist nicht erforderlich. „Amtliche Information“ ist jede amtlichen Zwecken die-

nende Aufzeichnung, unabhängig von der Art ihrer Speicherung, also beispielsweise Schriftstücke in herkömmlichen Akten, elektronisch gespeicherte Informationen, Zeichnungen, Grafiken, Pläne, Ton- und Videoaufzeichnungen. (*Radio Australia* 13.08.09, [http://www.cook-islands.gov.ck/view\\_release.php?release\\_id=1185](http://www.cook-islands.gov.ck/view_release.php?release_id=1185), <http://bundesrecht.juris.de/ifg/>)

### Einheimischer wird Polizeipräsident

**Cookinseln:** Der Cookinsulaner Maara Tetava ist Mitte Juni zum Polizeipräsidenten ernannt worden. Er übernahm das hochrangige Amt von dem Neuseeländer Patrick Tasker, der in den vergangenen zwei Jahren von der neuseeländischen Polizei auf die Cookinseln abgestellt worden war. Tasker war im Rahmen eines Abkommens über die Unterstützung Neuseelands in Juriskative und Legislative der Cookinseln nach Rarotonga gekommen und hatte es geschafft, eine gut aufgestellte und bestens organisierte einheimische Polizei zu bilden. Bei seiner Amtseinführung mit einer Polizeiparade auf der Hauptstraße von Avarua (Hauptstadt der Cookinseln) bedankte sich Tetava bei seinem Amtsvorgänger und gab bekannt, er wolle sich zukünftig besonders um die Verbesserung der Verkehrssicherheit auf den Inseln kümmern. Ziel sei es, nicht mehr als zwei Verkehrstote pro Jahr zu beklagen zu haben. Außerdem wolle sich Tetava um eine bessere finanzielle Ausstattung der Polizei kümmern.

Tetava stammt von der Insel Mitiaro. In den vergangenen acht Jahren war er stellvertretender Polizeipräsident. Seit 24 Jahren steht er in den Diensten der Polizei und hat sich vom einfachen Streifenpolizisten zum Präsidenten hochgearbeitet. (*Cook Islands News* 20.06.09, <http://www.rarolens.com/2009/06/new-top-cop-is-mitiaro-man.htm>, PIR 07.06.09)

## FRZ.-POLYNESIEN PITCAIRN RAPA NUI (OSTERINSEL)

### Staatssekretärin aus Übersee

**Frankreich:** Erstmals ist eine Politikerin aus einem französischen Überseegebiet zur Staatssekretärin für die Betreuung der französischen Überseegebiete ernannt worden. Marie-Luce Penchard aus Gorbeyre (Guadeloupe) übernahm nach den Neuwahlen am 23. Juni das Amt der Übersee-Staatssekretärin von Yves Jégo, der erst im März 2008 ernannt worden war.

Penchard wurde am 14. Februar 1959 als Tochter der bekannten Lokalpolitikerin Lucette Michaux-Chevry auf Guadeloupe geboren. Sie studierte Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaften nach diversen politischen Stationen in Frankreich und in Guadeloupe war sie bis zur Umstrukturierung des Kabinetts Mitte Juni Fachberaterin in der Partei UMP (Union pour un mouvement populaire) des französischen Präsidenten Sarkozy im Elysée-Palast. Bei ihrer Antrittsrede anlässlich des Nationalfeiertages der Franzosen am 14. Juli sagte Penchard, sie fühle sich geehrt, dass erstmals in der Geschichte der Republik ein Präsident einer „Ultramarine“ (aus den frz. Überseegebieten stammende Person) einen derart verantwortungsvollen Posten übertragen habe. Sie wolle dieser Verantwortung zum Wohle aller Bürger gerecht werden.

Penchard ist direkt dem Minister für Inneres, Regionalverwaltung und Überseegebiete unterstellt, Brice Hortefeux, der ebenfalls im Juni neu ins Amt gewählt wurde.

Bis 2007 gab es in Frankreich noch ein gesondertes Ministerium für die Überseegebiete mit einem eigenen Minister, aber unter Präsident Nicolas Sarkozy wurde das Überseeministerium aufgelöst und dem Innenministerium angegliedert. Seitdem ist ein/e direkt dem Innenminister unterstellte/e StaatssekretärIn für die Betreuung

der französischen Überseegebiete zuständig. (<http://www.outre-mer.gouv.fr/>, *Flash d'Océanie* 24.06.09, *AFP* 23.06.09, *Wikipedia FR*, *Email Lorenz Gonschor* 20.07.09)

## Erbe des Königshauses erklärt sich zum König von Tahiti

**Frz.-Polynesien:** Joinville Pomare, der Erbe des tahitischen Königshauses, das bis Ende des 19. Jahrhunderts einen Großteil des heutigen Französisch-Polynesiens beherrschte, hat sich am 28. Mai in einer Zeremonie in Pirae, einem Vorort der Hauptstadt Papeete, unter dem Namen Pomare XI von etwa 100 Anhängern zum König ausrufen lassen. Während der Zeremonie wurden außerdem auch Oberhäupter für die Distrikte der Insel Tahiti sowie einige der äußeren Inseln ernannt. Die Inthronisierung ist Teil einer von Pomare seit mehreren Jahren geführten Kampagne zur Anerkennung traditioneller Häuptlingstitel. In einer Presserklärung erläuterte Pomare, dass Frankreich sich in dem mit seinem Ur-Urgroßonkel Pomare V, dem letzten König Tahitis, 1880 unterzeichneten Annexionsvertrag dazu verpflichtet hatte, die Ämter des Monarchen und der Distrikthäuptlinge sowie das traditionelle Landrechtssystem zu respektieren. Alle diese Verpflichtungen wurden später von Frankreich missachtet. Die Wiederherstellung der im Vertrag festgeschriebenen Ämter sei somit der erste Schritt, die Respektierung des Vertrages einzufordern. (*Artikel von Lorenz Gonschor, Hawai'i. Quellen: Tahitipresse, Tahiti-Pacifique*)

## Kandidat der Unabhängigkeitspartei führt bei Europawahlen

**Frz.-Polynesien:** Keitapu Maamaatuaiahutapu, Mitglied von Oscar Temarus Unabhängigkeitspartei „Tavini Huiraatira“, hat als Kandidat auf der Wahlliste der sozialistischen Partei Frankreichs bei den Europawahlen am 6. Juni in Französisch-Polynesien mit 33,25 % überraschend den ersten

Platz gewonnen. Tearii Alpha, der als Listenkandidat der französischen gaullistischen Partei eine Koalition aller lokalen profranzösischen Parteien vertrat, wurde mit 32,7 % knapp zweiter, während Nicole Bouteau als Kandidatin der liberalen Partei MoDem mit 17,83 % den dritten Platz belegte. Da Französisch-Polynesien zu einem größeren Wahlkreis gehört, der alle französischen Überseegebiete einschließt und keiner der polynesischen Kandidaten auf einem vorderen Listenplatz stand, erhielten weder Maamaatuaiahutapu noch Alpha einen Sitz im Europäischen Parlament.

Die Wahlbeteiligung lag mit knapp über 20 % äußerst niedrig, was für die in der lokalen Politik als weitgehend irrelevant eingestuften Europawahlen nicht überraschend war. (*Artikel von Lorenz Gonschor, Hawai'i. Quelle: Tahitipresse; Tahiti-Pacifique*)

## Ermittlungen gegen Flosse in Korruptionsaffäre

**Frz.-Polynesien:** Gegen Senator Gaston Flosse, den ehemaligen Präsidenten Französisch-Polynesiens (Amtsperioden 1982-1987; 1991-2004; November 2004 bis Februar 2005; Februar bis April 2008), laufen großangelegte Ermittlungen wegen Korruption in seiner Amtszeit. Unter anderem soll Flosse von dem zwielichtigen französischen Geschäftsmann Hubert Haddad illegal mehrere Millionen Euro kassiert haben, die als Bezahlungen für fingierte Anzeigen im Telefonbuch Französisch-Polynesiens und im Bordmagazin der territorialen Fluggesellschaft „Air Tahiti Nui“ (ATN) getarnt worden seien. Im Zuge dieser als „Telefonbuchaffäre“ bekannten Vorwürfe wurden in den Monaten April, Mai und Juni zahlreiche Behörden, Banken, Büros und Wohnungen durchsucht und mehrere Beamten und Unternehmer verhaftet und bis auf weiteres in Untersuchungshaft genommen. Unter den Inhaftierten befinden sich der ehemalige Direktor des territorialen Postamtes und der Fluggesellschaft ATN Geffry Salmon, Flosses Sekretärin Melba

Ortas, der Geschäftsmann Michel Yonker sowie seit Juni Hubert Haddad selbst. Der ehemalige Postdirektor Alphonse Teriierooiterai wurde dagegen im Juli aus der U-Haft entlassen. Ende Juni beantragte die Staatsanwaltschaft die Aufhebung von Flosses parlamentarischer Immunität, was vom französischen Senat partiell genehmigt wurde, so dass Flosse in Paris einige Stunden lang verhört werden konnte. Die Ermittlungen laufen weiterhin auf Hochtour, und Ende August beantragte die Staatsanwaltschaft erneut die Aufhebung von Flosses Immunität. (*Artikel von Lorenz Gonschor, Hawai'i. Quellen: Tahitipresse, Tahiti-Pacifique*)

## Aktivisten blockieren Flughafen aus Protest gegen Masseneinwanderung

**Rapa Nui (Osterinsel):** Am 17. August blockierten Aktivisten unter Führung des Präsidenten der die Unabhängigkeit befürwortenden Organisation „Rapanui-Parlament“, Leviante Araki, sowie die beiden dem „Parlament“ lose verbundenen Inselkommissionsmitglieder Mario Tuki und Raúl Teao mit mehreren Autos und Lastwagen einen Tag lang die Landebahn des internationalen Flughafens der Insel Rapa Nui. Die Aktivisten protestierten damit gegen die uneingeschränkte Einwanderung chilenischer Siedler auf ihre Insel sowie den ausufernden Massentourismus.

Die Zahl der Inselbewohner ist in den letzten Jahren sprunghaft angestiegen, von 3.800 im Jahr 2002 auf heute knapp 5.000, und seit 2006 stellen einheimische Rapanui nicht mehr die Mehrheit der Einwohner. Gleichzeitig wächst die Zahl der Besucher jährlich um 20 %, was anfänglich als lukrative Einnahmequelle von den Einheimischen begrüßt wurde. Mittlerweile jedoch hat die Zahl der jährlichen Besucher mit 64.500, d.h. 12 Touristen pro Einwohner und Jahr die höchste Besucherzahl pro Kopf aller Pazifikinseln erreicht, mehr als doppelt so viel wie das bisher führende Hawai'i.

Seit mehreren Jahren hatten einheimische Aktivisten deshalb von der chilenischen Regierung die Errichtung von Kontrollmechanismen zur Einwanderungsbeschränkung gefordert, so wie sie zum Beispiel für Ecuadorianer auf den Galápagos-Inseln gelten. Diese Forderungen waren allerdings in Santiago (Chile) auf taube Ohren gestoßen, und die derzeit im chilenischen Kongress beratene Gesetzesvorlage zur Schaffung eines besonderen politischen Status für die Insel enthält keinerlei Provisionen für eine Kontrolle der Einwanderung aus Chile.

Araki, Tuki und Teao forderten die Regierung auf, unverzüglich Schritte zur Einwanderungskontrolle einzuleiten, ansonsten würde die Besetzung des Flughafens andauern. In einer Videokonferenz einigten sich die Aktivisten mit dem chilenischen Staatssekretär des Inneren, Patricio Rosende, auf ein Ende der Blockade. Im Gegenzug versprach der Staatssekretär, innerhalb von 20 Tagen Maßnahmen zur Einwanderungskontrolle einzuleiten.

Nach dem Ende der Blockade planten die Anführer der Aktion, nach Santiago zu fliegen, um sich mit Staatssekretär Rosende zu treffen und über die Einwanderungskontrollmaßnahmen zu verhandeln. Eine Gruppe von 30 Frauen war damit allerdings nicht einverstanden und blockierte erneut die Landebahn, um den Abflug der Delegation zu verhindern. Die Frauen forderten, dass der Staatssekretär auf die Insel kommen solle und nicht umgekehrt. Rosende stimmte den Forderungen zu, und nach 40 Stunden Blockade wurde die Landebahn schließlich geräumt.

In der folgenden Woche kam der Staatssekretär auf die Insel, und in seiner Anwesenheit wurde in einer öffentlichen Anhörung ein Projekt zur Einwanderungskontrolle vorgelegt, das zuvor von der Inselgemeinschaft in öffentlichen Workshops ausgearbeitet worden war. Die Regierung versprach, diesen Vorschlag so schnell wie möglich zu einem Gesetz zu machen. (Artikel von Lorenz Gonschor,

Hawai'i. Quellen: *Te Rapa Nui*, <<http://rapanui.co.cl>>, *Pacific Islands Report*)

## HAWAII

### Erweitertes Schutzgebiet für Mönchsrobber

Die Regierung des US-Bundesstaates Hawai'i hat die Schutzgebiete für die vom Aussterben bedrohte endemische Mönchsrobbe ausgeweitet. Das bereits 1986 auf den unbewohnten nordwestlichen hawaiischen Inseln ausgewiesene Schutzgebiet wurde auf die Strände und Gewässer der Hauptinseln erweitert. Die Vergrößerung der Schutzzone geschah im Rahmen des „Endangered Species Act“. Innerhalb der Schutzzone gelten bestimmte Regeln. So darf eine Mönchsrobbe weder angegriffen, getötet oder gefangen werden. Der Zugang zu den Stränden, das Baden oder Fischen ist in der Schutzzone trotzdem erlaubt.

Bereits vor einem Jahr hatten das „Center for Biological Diversity“, die „Hawaiian-Environmental Alliance“ und „Ocean Conservancy“ eine Eingabe bei der Bundesbehörde für Umweltschutz zur Erweiterung des Schutzgebietes gestellt.

Derzeit leben noch rund 1.200 Mönchsrobber in Hawai'i. Es handelt sich um die letzten Exemplare ihrer Art, nachdem im Juni 2008 die karibische Mönchsrobbe für ausgestorben erklärt worden war. Die hawaiische Population sinkt um rund 4 % jährlich. Experten befürchten, dass der Bestand auf unter 1.000 Individuen fallen könne. Grund ist vor allem die hohe Sterblichkeitsrate der Robbenbabies. Nur jedes fünfte erreicht das Erwachsenenalter. Auch der Klimawandel bedroht die Robben, da ihre bevorzugten Aufzuchtspitze für die Jungtiere an Stränden auf den nordwestlichen Inseln liegen, die bereits durch den Anstieg des Meeresspiegels und die zunehmenden Sturmfluten besonders betroffen sind. 80 bis 100 Tiere leben rund um die Hauptinseln, wo die Überlebens-

quote für Jungtiere aufgrund des guten Nahrungsangebotes höher ist.

*Info:* Die hawaiische Mönchsrobbe ist eine ohrlose Robbe, die endemisch für Hawai'i ist. Ihr lateinischer Name lautet *Monachus schauinslandi*, benannt nach dem Entdecker des ersten Schädels einer solchen Robbe, Dr. H. Schauinsland.

Der hawaiische Name lautet Ilioholo-i-ka-uaua, übersetzt ins Englische als „the dog that runs in the rough (seas).“

Am 11. Juni 2008 ernannte Vizegouverneur James Aiona die Mönchsrobbe zum offiziellen Säugtier des Bundesstaates Hawai'i. (Honolulu Advertiser 12.06.09, <http://www.earthtrust.org/wlcurric/seals.html>, <http://www.aloha-hawaii.com/hawaii/monk+seal/>, <http://www.wildhawaii.org/marinelife/seals.html>)

### Bewohner des Kahana-Tals dürfen bleiben

**Hawai'i:** Die seit Mitte letzten Jahres von Zwangsräumung bedrohten Bewohner des Kahana-Tal an der Nordostküste von Hawai'i Hauptinsel O'ahu haben Mitte Juli endgültig das Recht erhalten, in ihrer angestammten Heimat wohnen zu bleiben. Das Tal war 1970 von der Regierung des US-Bundesstaates Hawai'i zum Naturpark erklärt worden, und nur eine ausgewählte Zahl der alteingesessenen Bewohner erhielt Pachtverträge für ihre Grundstücke. Andere Bewohner wurden jahrelang geduldet, aber im letzten Jahr von der Regierung mit Zwangsräumung bedroht. Anfang des Jahres 2009 beschloss das Staatsparlament ein Gesetz, nach dem alle alteingesessenen Familien Pachtverträge bekommen. Dies wurde von Gouverneurin Linda Lingle zunächst mit einem Veto belegt, das das Staatsparlament dann aber Mitte Juli überstimmte, so dass das Gesetz in Kraft treten und die Rechte der Talbewohner gesichert werden konnten. (Artikel von Lorenz Gonschor, Hawai'i. Quelle: Honolulu Star-Bulletin)

## Konferenz und Proteste markieren 50. Jahrestag des US-Bundesstaates

**Hawai'i:** Am 21. August fanden in Hawai'i zahlreiche Veranstaltungen zum Gedenken an die Erklärung der Inselgruppe zum 50. Bundesstaat der USA vor 50 Jahren statt. Am 21. August 1959 war Hawai'i formell von US-Präsident Eisenhower von einem US-Territorium zum Bundesstaat befördert worden, nachdem der US-Kongress im März desselben Jahres ein Gesetz zur Bundesstaatswerdung („Admission's Act“) beschlossen hatte, das in einem umstrittenen Plebiszit im Juni von einer großen Mehrheit der Wahlteilnehmer bestätigt worden war.

Zum fünfzigsten Jubiläum dieser Geschehnisse hatte die Regierung des Bundesstaates eine Kommission gebildet, die mehrere Gedenkveranstaltungen geplant hatte. Aufgrund der kontroversen Geschichte Hawai'is hatte die Kommission beschlossen, keine großangelegten Feiern, sondern stattdessen eher diskrete Veranstaltungen abzuhalten. Abschluss und Höhepunkt des offiziellen Gedenkens war eine ganztägige Konferenz mit etwa 2.000 Teilnehmern im Konferenzzentrum (Hawai'i Convention Center) von Honolulu. Zahlreiche Politiker, Vertreter der Wirtschaftselite und des US-Militärs hielten Reden, in denen die Zukunft Hawai'is für die nächsten 50 Jahre erörtert wurde. Die Teilnahme an der Veranstaltung war allerdings für Besucher kostenpflichtig (80 USD Eintritt mit Mahlzeiten; 30 USD ohne) und schätzungsweise die Hälfte der Teilnehmer waren Militärs in Zivil, die zur Konferenz „abkommandiert“ worden waren, um die Säle zu füllen und so den Eindruck der Massenveranstaltung zu verstärken.

Während die Konferenz im Inneren des Gebäudes stattfand, demonstrierten auf der Straße davor etwa 1.000 Menschen unter Führung der langjährigen Aktivisten Pōkā Laenui und Lynette Cruz gegen die Feierlichkeiten und für die Unabhängigkeit Hawai'is. Die

Demonstranten führten eine vier Meter hohe, den US-Imperialismus symbolisierende Skulptur von „Uncle Sam“ mit sich, die sie vor dem Gebäude symbolisch verprügelten und ihr dann ein „Rückflugticket“ nach Amerika gaben. Auf dem Höhepunkt der Veranstaltung wurde aus einer US-Flagge der fünfzigste Stern herausgeschnitten und unter dem Jubel der Teilnehmer verbrannt. Teilnehmer der Demonstration meinten, es sei unangemessen, das fünfzigjährige Bestehen eines Bundesstaates zu feiern, der sich auf einer völkerrechtswidrigen Besetzung eines unabhängigen Landes gründet. Da es keinen Annexionsvertrag zwischen den USA und Hawai'i gibt, sei der Bundesstaat eine reine Fiktion.

Nach dem Ende der Demonstration fand im Rahmen der Konferenz eine Podiumsdiskussion hawaiischer Akademiker statt, zu der auch Gouverneurin Linda Lingle anwesend war. Auf die Publikumsfrage, ob man gleichzeitig Hawai'ier und Amerikaner sein könne, meinte der Historiker Jon Osorio, Professor am Institut für Hawaiische Studien der Universität von Hawai'i, er kenne viele Hawai'ier, die sich so identifizieren, aber auch ebenso viele, die sich nur als Hawai'ier identifizieren und die ihren Vorfahren aufgezwungene US-Staatsbürgerschaft vehement ablehnen. Solange es für letztere keine Möglichkeit gäbe, ihr Nationalbewusstsein frei zu entfalten, sei ihr Menschenrecht auf Selbstbestimmung verletzt. Osorio drückte seine Hoffnung aus, dass Hawai'i in 50 Jahren erneut ein multiethnischer unabhängiger Staat sein könne, wie die Inseln es vor der US-Invasion von 1893 waren. Die Geographen Kamana Beamer und Donovan Preza wiesen darauf hin, dass die Nichtexistenz eines Annexionsvertrages ein historisch und juristisch einwandfreier Tatbestand ist, und der US-Bundesstaat deshalb keinen Besitztitel für die Kron- und Regierungsländer des hawaiischen Königreiches haben könne. Gouverneurin Lingle, die zum ersten Mal öffentlich mit dieser Tatsache konfrontiert wurde, antwortete, sie sei weder Historikerin

noch Juristin und könne sich nur auf den „Admission's Act“ und die Staatsverfassung von 1959 berufen, auf die sie als Gouverneurin eingeschworen wurde. Die historischen Vorgänge davor könne sie nicht bewerten.

Am Abend des Gedenktages wurde vor dem Iolani-Palast in der Altstadt von Honolulu ein Freilicht-Theaterstück aufgeführt, in dem die US-Invasion von 1893 und der dadurch verursachte Umsturz der hawaiischen Königin Lili'uokalani nachempfunden wurden. Zum Abschluss des Tages trugen mehrere Sängergruppen traditionelle Gesänge und Protestlieder aus dem Ende des 19. Jahrhunderts vor, um die letzte Königin zu ehren und an das Leiden der Bevölkerung zu Beginn der US-Besetzung zu erinnern. *(Artikel von Lorenz Gonschor, Hawai'i. Quelle: Eigene Beobachtung der Veranstaltungen, Honolulu Star-Bulletin, Honolulu Advertiser)*

## AOTEAROA (NEUSEELAND)

### Cadbury Neuseeland verzichtet auf Palmöl

Die neuseeländische Dependence des britischen Schokoladenherstellers Cadbury verzichtet nach Verbraucherprotesten auf Palmöl als Bestandteil ihrer Produkte. Cadbury Neuseeland-Direktor Matthew Oldham sagte, bereits in wenigen Wochen werde Cadbury wieder auf Kakaobutter zurückgreifen. Anfang des Jahres hatte der Schokoladenproduzent von Kakaobutter auf Palmöl umgestellt, nach eigenen Angaben aus Kostengründen. Daraufhin war von neuseeländischen Umweltschutzorganisationen eine über die Internetgemeinde „Facebook“ publizierte Protestaktion mit dem Titel „Take palm oil out of Cadbury chocolate bar“ gestartet worden. Die Initiatoren der Kampagne warfen Cadbury vor, mit der Nutzung von Palmöl die Lebensräume von Orang-Utans in Borneo und Sumatra zu zerstören. In Malaysia und Indonesien werden tropische Regenwälder abgeholzt, um Platz für die Anlage ausgedehnter

Palmölplantagen zu schaffen. Obwohl nach Angaben des Zulieferers das Palmöl aus sogenannter „zertifizierter“ Produktion stammte, konnte das den Unmut der Facebook-Nutzer nicht schmälern. 3.500 Menschen unterschrieben den Protest an Cadbury online, zahlreiche Briefe gingen am Firmensitz ein. Besonders medienwirksam hatte der Direktor des Zoos von Auckland alle Produkte von Cadbury aus den Kiosken im Zoo verbannt und bekannt gegeben, man könne keine Affen im Zoo zeigen, wenn nebenan Produkte auslügen, die die Zerstörung ihres natürlichen Lebensraumes vorantrieben. Nachdem Cadbury-Chef Oldham nun zurückruderte, sagte Zoodirektor Jonathan Wilcken den Vertrieb der Cadbury Produkte wieder zu.

Matthew Oldham war sichtlich betroffen vor die Presse getreten und hatte sich für die Fehlentscheidung des Konzerns entschuldigt. Er wies auf die Macht der Verbraucher hin und erklärte, der Konzern sei sich der Problematik des Palmölanbaus zuvor so nicht bewusst gewesen. (Stuff.co.nz 17.08.09, ABC Radio Australia 21.08.09, Mongabay News 17.08.09)

## INDONESIEN WESTPAPUA

### Masterplan für den Waldschutz verabschiedet

**Westpapua:** Ein Zusammenschluss von Umweltschutzorganisationen hat Ende Juli einen Masterplan zum Schutz vor der weiteren Abholzung des tropischen Regenwaldes in der indonesischen Provinz Westpapua vorgestellt. Zu der Gruppe der Nichtregierungsorganisationen (NGO) gehören Greenpeace Southeast Asia, das Papua NGO Network, die Papua People's Assembly und das Samdhana Institut- Asian Center for Social and Environmental Renewal. Diese NGOs wollen Arbeitsgruppen bilden, in denen Vorgaben zur nachhaltigen Be-

wirtschaftung der Regenwälder diskutiert und erarbeitet werden sollen. In weiteren Arbeitsgruppen soll über die Finanzierung von Umweltschutzmaßnahmen sowie über die Anpassung an die Klimawandelfolgen diskutiert werden.

Marthen Kayoi, Vorsitzender der „Papua Forestry Agency“, erklärte, die Regenwälder Westpapas bildeten die Lebensgrundlage für rund 70 % der einheimischen Bevölkerung. Sie seien auch eines der Gebiete mit der größten Biodiversität weltweit. 20 % der mehr als 40 Millionen Hektar Regenwald seien bereits abgeholzt worden. Es sei höchste Zeit, den Rest der Wälder zu schützen und damit die Lebensgrundlage für die Papias zu bewahren. Ein Vorbild für die Bewahrung der Regenwälder sei das benachbarte Papua-Neuguinea, wo NGOs wie das „Eco-Forestry Forum“ gute Erfolge beim Schutz tropischer Wälder erzielen konnten, erklärte Kayoi weiter. (The Jakarta Post 25.07.09, <http://www.samdhana.org/>)

### Überfälle auf Freeport- Mine dauern an

**Westpapua:** Auch einen Monat nach den zum Teil tödlichen Übergriffen auf Mitarbeiterfahrzeuge des US-Bergbauunternehmens Freeport-McMoRan werden Fahrzeugkonvois auf dem Gelände der Freeport-Mine weiter beschossen. Der letzte Vorfall ereignete sich am 16. August, als Unbekannte auf ein Fahrzeug von Freeport feuerten. Fünf Menschen wurden dabei verletzt. Das Fahrzeug war Teil einer Kolonne von 16 Bussen, die auf der Straße zwischen Tembagapura und Timika unterwegs war und von 20 Sicherheitskräften begleitet wurde. Bereits Tage zuvor war ein Freeport-Bus unter Beschuss geraten. Verletzt wurde dabei niemand.

Die Anschlagsserie auf Firmenfahrzeuge von Freeport begann am 11. Juli 2009, als der aus dem australischen Melbourne stammende Bergbauexperte Drew Nicholas Grant im Auto auf Höhe der Meile 52 erschossen wurde.

Der 29-jährige, der erst vor neun Wochen Vater einer Tochter geworden war, befand sich mit vier Arbeitskollegen auf der Fahrt zu einem Golfplatz. Er starb im Kugelhagel, als auf das Fahrzeug geschossen wurde. Seitdem hat es mindestens sieben weitere bewaffnete Übergriffe auf der Zufahrtsstraße zwischen Timika und der Minenstadt Tembagapura gegeben.

Nach Angaben der „Australian West Papua Association“ sind 17 Menschen in Zusammenhang mit den Anschlägen festgenommen worden. Das „West Papua Advocacy Team“ (WPAT) mit Sitz in den USA berichtet, dass die Verhafteten zum Teil ohne Begleitung eines Anwaltes von der Polizei vernommen wurden und mindestens ein Mann von Sicherheitskräften geschlagen worden ist. Da die Anschläge auf dem Gelände der weltweit größten Gold- und Kupfermine aber trotz verschärfter Sicherheitsvorkehrungen weitergehen, muss von einer sehr professionellen Tätergruppe ausgegangen werden. Es ist zu befürchten, dass möglicherweise Unschuldige in Polizeigewahrsam sind und für die Taten verantwortlich gemacht werden. Polizeioperationen in den umliegenden Dörfern führen bereits seit Wochen bei der Zivilbevölkerung zu einem Klima der Angst und Unsicherheit. (Artikel von Kristina Neubauer, West-Papua-Netzwerk Wuppertal, [www.west-papua-netz.de](http://www.west-papua-netz.de), Herald Sun 21.07.09)

### Amnesty kritisiert Macht- missbrauch der Polizei

**Indonesien:** Die indonesische Polizei leistet sich Machtmissbrauch gegen verdächtige Kriminelle und gegenüber armen und marginalisierten Gruppen – und kommt dabei ohne Strafe davon. So steht es in einem neuen Bericht von Amnesty International, der im Juni 2009 unter dem Titel „Unfinished Business- Police Accountability in Indonesia“ veröffentlicht wurde. Im Einzelnen nennt der Bericht zahlreiche Fälle willkürlicher Gewaltanwendung gegen Verdächtige, manchmal kommt es bei Verhören zu tödlichen Schüssen. Solche

Missbrauchsfälle sind die Folge einer so genannten „Kultur der Straflosigkeit“. Die Täter werden selten vor Gericht gestellt.

„Der Bericht zeigt, wie weit die Kultur willkürlicher Gewalt in der indonesischen Polizei verbreitet ist“, sagte Donna Guest, stellvertretende Direktorin von Amnesty International in Asien und im Pazifik. „Erste Aufgabe der Polizei soll die Durchsetzung des Gesetzes und der Schutz der Menschenrechte sein, nur zu oft benehmen sich viele Polizeibeamte aber so, als stünden sie über dem Gesetz.“

Der Bericht der Menschenrechtsorganisation erkennt die Bemühungen der indonesischen Regierung an, das Auftreten der Polizei zu regeln und eine größere Verantwortlichkeit in polizeiliche Vorschriften und in der täglichen Praxis durchzusetzen. Aber diese Neuerungen haben bisher noch nicht zu einer grundlegenden Änderung geführt: Körperliche Misshandlung ist weiterhin an der Tagesordnung.

Amnesty International nannte eine Vielzahl von Opfern der Missstände aus den letzten beiden Jahren. Rechtsanwälte und Menschenrechtsgruppen, selbst Polizeibeamte, wurden zu Opfern. Die Organisation fand heraus, dass Drogenabhängige, Wiederholungstäter und Prostituierte besonders gefährdet sind. Viele der Interviewten sagten, Polizeibeamte hätten versucht, Bestechungsgelder als Gegenleistung für eine bessere Behandlung und Verringerung der Strafhöhe zu erpressen. Interne Disziplinarmechanismen sind nach dem Bericht nicht in der Lage, wirksam mit Beschwerden gegen Machtmissbrauch der Polizei umzugehen. Opfer wissen oft nicht, wo sie ihre Beschwerde vorbringen sollen. Sie müssen Angst haben, wenn sie sich mit ihrer Beschwerde direkt an die Polizei wenden. Der Bericht erläutert auch, dass die derzeitigen externen Aufsichtsgremien der Polizei nicht die Möglichkeit haben, für Missbräuche Verantwortliche vor Gericht zu bringen.

„Während die Regierung Indonesiens und hohe Polizeibeamte sich verpflichtet haben, das Ver-

trauen zwischen Polizei und Allgemeinheit zu stärken, wird dies doch nicht in praktische Schritte vor Ort umgesetzt“, sagte Donna Guest. „Zu viele Opfer haben weiterhin keinen Zugang zu wirklicher Gerechtigkeit und Wiedergutmachung. So breitet sich ein Klima des Misstrauens gegenüber der Polizei weiter aus.“

Der Bericht von Amnesty International fordert die Regierung Indonesiens auf, öffentlich zuzugeben, dass polizeiliche Willkür weit verbreitet ist und eine schnelle, unparteiische und wirksame Untersuchung eines jeden glaubwürdigen Berichtes durchzuführen.

Nach Meinung der Organisation müssen Verantwortliche zur Rechenschaft gezogen werden und den Opfern muss Wiedergutmachung geleistet werden. Um dies zu ermöglichen, müsse die Regierung das Beschwerdeverfahren bei Gewaltanwendung überprüfen. Untersuchungen polizeilichen Fehlverhaltens müssten schnell, unparteiisch und unabhängig durchgeführt werden.

*Anmerkung der Redaktion:* Der vollständige Bericht steht als PDF zum Herunterladen bereit unter der Rubrik „Library“ (nach Index ASA 21/013/2009 suchen) auf der Seite <http://www.amnesty.org>. (Artikel von Pfr. Siegfried Zöllner, West-Papua-Netzwerk Wuppertal, [www.west-papua-netz.de](http://www.west-papua-netz.de))

## Indonesien will Klimaflüchtlingen helfen

**Indonesien:** Dr. Syamsul Maarif, Generalsekretär im indonesischen Ministerium für maritime Angelegenheiten, will dem Parlament einen Vorschlag unterbreiten: Demnach könnte Indonesien einige seiner ca. 10.000 unbewohnten Inseln an Klimaflüchtlinge aus den benachbarten pazifischen Inselstaaten „verleihen“. Indonesien stünde in der Verantwortung, die vom Klimawandel betroffenen pazifischen Inselbewohner zu unterstützen, erläuterte Maarif. Konkret könne man ihnen eine neue Heimat anbieten, wenn die pazifischen Inseln aufgrund des stei-

genden Meeresspiegelanstiegs und der Zunahme von Tropenstürmen unbewohnbar würden, erklärte der Ministerialbeamte seine Idee.

Damien Lawson, Koordinator für Klimagerechtigkeit beim australischen Zweig von „Friends of the Earth International“, sagte, der Vorschlag des Ministeriums an sich sei sinnvoll. Natürlich wolle niemand sein Heimatland freiwillig verlassen, aber im Notfall sei es gut, eine „neue Heimat“ in Aussicht zu haben. (Radio Australia 03.06.09, <http://www.radioaustralia.net.au/pacbeat/stories/200906/s2588395.htm>)

## AUSTRALIEN

### Alarmierende Studie zum Koalasterben

Das Ministerium für Umwelt und natürliche Ressourcen des australischen Bundesstaates Queensland hat Ende Juni eine neue Studie zum Koalasterben im Südosten von Brisbane veröffentlicht. Hier liegt eine als „Koala Coast“ bezeichnete Region, in der eine der größten Koala-Populationen des fünften Kontinents lebt. Seit 1996 wird diese Population wissenschaftlich untersucht. Die aktuelle Studie belegt einen Verlust an Koalas von über 50 % innerhalb der letzten drei Jahre.

Birgit Braun, Projektleiterin der „Aktionsgemeinschaft Artenschutz“ (AGA e.V.), die sich für den Schutz der Beuteltiere einsetzt, geht von einem Verlust von 2.300 Koalas aus. Wiesen die Studien im Jahr 1996 noch einen Bestand von mehr als 6.200 Koalas auf, ist die Bevölkerung heute auf ca. 2.300 Individuen geschrumpft und hat sich damit mehr als halbiert. Ähnliche dramatische Rückgänge in den kommenden Jahren könnten zum Aussterben dieser Population an der Koala Coast führen, warnte Braun.

Die Koalas im Südosten Queenslands sind mit dem Verlust ihres Lebensraumes konfrontiert, denn

die (menschliche) Bevölkerung wächst hier rasant. Immer weitere Bereiche des Koala-Gebietes werden als Bauland ausgewiesen, Ansiedlungen entstehen in enger Nachbarschaft zu den Lebensräumen der Koalas. Die bislang ausgewiesenen Schutzgebiete reichen nicht mehr aus. Immer häufiger kommt es zu tödlichen Zusammenstößen der Beuteltiere mit Autos und angreifenden Hunden. Hier könnten einfache Verhaltensweisen wie das Anleinen von Hunden oder das vorsichtige Fahren an Stellen, an denen Koalas häufig die Straßen überqueren, helfen. Auch die Ausweisung weiterer Schutzgebiete wäre eine Lösung, so Braun.

*Info:* Die AGA ist als gemeinnützige Natur- und Artenschutzorganisation anerkannt und setzt sich bereits seit über 20 Jahren für den Erhalt von bedrohten Tier- und Pflanzenarten und deren Lebensräumen ein. Ihr Ziel ist es, weltweit den Schutz und den Erhalt der Natur zu fördern, das Umweltbewusstsein zu stärken und die Zerstörung der Lebensgrundlage von Menschen, Tieren und Pflanzen zu verhindern.

([http://www.aga-international.de/documents/PM\\_koala\\_220609.pdf](http://www.aga-international.de/documents/PM_koala_220609.pdf),  
<http://www.environment.gov.au/>)

## „Coral Sea Conservation Zone“ gegründet

Mitte Mai hat die australische Regierung die so genannte Korallensee östlich des Great Barrier Riffs unter Naturschutz gestellt. Das Naturschutzgebiet umfasst 972.000 Quadratkilometer und stößt bis an die Grenzen der exklusiven ökonomischen Zone des fünften Kontinents. Es handelt sich damit um das zweitgrößte Naturschutzgebiet gemäß des „Environment Protection and Biodiversity Conservation Act“ aus dem Jahr 1999.

Die Korallensee zeichnet sich durch ihre hohe Biodiversität aus. Der Einfluss des Menschen auf das Gebiet ist relativ gering, so blieben die Ökosysteme intakt. Die Korallensee ist auch geschichtlich von Interesse, da hier

etliche Wracks und Kriegstrümmer aus dem Zweiten Weltkrieg am Meeresboden liegen. Besondere Auswirkungen auf das Unterschutz-Stellen der Region gibt es nicht. Das Baden und Freizeitfischen ist weiterhin erlaubt. Einzig Bergbauunternehmen müssten Lizenzen für den Tiefseebergbau beantragen. Auch touristische Anbieter bräuchten spezielle Lizenzen. (ABC Australia 22.05.09, <http://www.environment.gov.au/coasts/coral-sea.html>)

## Absichtserklärung mit PNG geschlossen

Die Forstminister von Australien und Papua-Neuguinea haben am 10. Juni eine Absichtserklärung („Memorandum of Understanding“) über gemeinsame Anstrengungen zum Waldschutz unterzeichnet. Die Erklärung unterschrieben Tony Burke, der australische Minister für Landwirtschaft, Forstwesen und Fischerei und sein neuguineischer Amtskollege Belden Namah am Rande eines Ministertreffens im australischen Brisbane. In der Absichtserklärung verpflichten sich beide Staaten zu einer nachhaltigen Forstwirtschaft sowie zu einer vereinheitlichten Kennzeichnung der Herkunft des Tropenholzes. Beide Länder wollen weiter in den Forstsektor investieren und sich dabei gegenseitig unterstützen. Außerdem wollen beide Staaten wissenschaftliche Studien in den Regenwäldern durchführen und sich gegenseitig über die Ergebnisse informieren. In der Absichtserklärung verpflichten sich die Unterzeichnerstaaten auch dem Kampf gegen die illegale Abholzung der Wälder. (ABC Australia 10.06.09, <http://www.daff.gov.au/forestry/international/regional>,  
[http://www.maff.gov.au/media/media\\_release/s/2009/june/agreement\\_with\\_png\\_another\\_step\\_forward\\_in\\_fight\\_against\\_illegal\\_logging](http://www.maff.gov.au/media/media_release/s/2009/june/agreement_with_png_another_step_forward_in_fight_against_illegal_logging))

## Honig wirksamer als Antibiotika

In einer bisher einzigartigen Studie haben Forscher der „University of Sydney“ Beweise dafür gefunden, dass manche Honigsorten

bei der Behandlung von oberflächlichen Wunden und Infektionen effektiver wirken als Antibiotika. Antibiotika wirken in der Regel nur gegen bestimmte Bakterien. Die meisten Bakterien, die Infektionen in Krankenhäusern verursachen, sind noch dazu gegen mindestens ein Antibiotikum resistent. Die in der Studie eingesetzten Honigsorten wirkten jedoch gegen alle getesteten Erreger, darunter auch multiresistente Bakterien. Was besonders entscheidend ist: Die Bakterien passten sich nicht an und entwickelten keine Resistenz gegenüber dem Honig, wie dies bei Antibiotika der Fall ist.

Die von den Wissenschaftlern verwendeten Honigsorten waren Manuka und Jelly Bush aus Neuseeland bzw. Australien. Beide sind zwar als medizinische Varianten erhältlich, werden jedoch in Krankenhäusern kaum eingesetzt. Mit der vorliegenden Studie konnte erstmals gezeigt werden, dass der medizinische Honig in vielen Fällen antibiotische Cremes auf Wunden oder an Kathetern ersetzen könnte. In Anbetracht einer immer kürzeren Lebensdauer vieler Antibiotika sind alternative Behandlungswege gegen Infektionen unerlässlich.

Den getesteten Honigsorten ist gemein, dass sie von Bienen produziert werden, die sich von Pflanzen der Gattung *Leptospermum* - allgemein auch als Teebaum bekannt - ernähren. Bisher wissen die Forscher nicht genau, wie der Honig Infektionen vermeidet und abtötet. Sie vermuten, dass ein Bestandteil namens Methylglyoxal eine Wechselwirkung mit anderen, bisher unbekanntem, Bestandteilen des Honigs eingeht und so Infektionsauslösende Bakterien daran hindert, neue Stämme zu bilden, die gegen den Honig resistent sind. (Pressemitteilung Institut Ranke-Heinemann/Australisch-Neuseeländischer Hochschulverbund <http://www.wissenschaft-australien.de/australien000235.html>)

## SPORT

### Pazifische Sportler bei Schwimmweltmeisterschaft

**Italien:** An der 13. Schwimmweltmeisterschaft vom 17. Juli bis zum 2. August im italienischen Rom nahmen insgesamt 2.556 Athleten aus 192 Nationen teil, darunter auch etliche Schwimmer aus pazifischen Inselstaaten. Allein Französisch-Polynesien entsandte vier Schwimmer (Heimanu Sichan, Rainui Teriipaia, Abthony Clark und Vincent Perry) sowie eine Schwimmerin (Noelyn Faussane) nach Rom. Des Weiteren waren folgende pazifische Staaten mit Sportlern in Italien vertreten: Amerikanisch-Samoa, Australien, Cookinseln, Fidschi, Guam, Marshallinseln, Mikronesien, Neuseeland, Nördliche Marianen, Palau, Papua-Neuguinea, Salomonen und Samoa.

Aus dem Pazifik gewannen einzig die Sportler aus Australien einige Wettkämpfe, u.a. das Schwimmen über 100 m Brust sowie über 50 m und 200 m Schmetterling. Insgesamt erzielte Australien vier Goldmedaillen, fünf Silbermedaillen und zehn Bronze-medailen und kam damit auf Platz fünf des Medaillenspiegels.

*Info:* Rom war nach 1994 bereits zum zweiten Mal Gastgeber einer Weltmeisterschaft. Die Wettkämpfe fanden im „Foro Italico“ und an der „Lido di Ostia“ statt. (Tahiti Presse 12.07.09, <http://www.roma09.it/en/index.html>, Oceania Swimming Association [http://www.sportingpulse.com/assoc\\_page.cgi?c=2-1072-0-0&SID=13377](http://www.sportingpulse.com/assoc_page.cgi?c=2-1072-0-0&SID=13377))

### Pazifische Sportler bei Leichtathletik-WM vertreten

**Deutschland:** An der 12. IAAF Leichtathletik-Weltmeisterschaft vom 15. bis zum 23. August in Berlin nahmen Sportler aus folgenden pazifischen Staaten teil: Australien (2 x Gold, 2 x Bronze), Neuseeland (1 x Gold),

Amerikanisch-Samoa, Cookinseln, Fidschi, Französisch-Polynesien, Kiribati, Marshallinseln, Mikronesien, Nördliche Marianen, Palau, Papua-Neuguinea, Nauru, Salomonen, Tonga, Tuvalu, Vanuatu und Samoa.

Wie ein Sport-Moderator des TV-Senders Eurosport mitteilte, hatte die Phosphatinsel Nauru gemessen an ihrer Einwohnerzahl die größte Sportlerdelegation nach Berlin entsandt: Über 100 m Sprint traten Quaski Itaia (ein Mann) und seine Kollegin Rosa Mystique Jones an. Damit waren zwei der geschätzten 14.019 Bewohner der Insel in Berlin vertreten.

Mit je zwei Goldmedaillen (im Stabhochsprung der Männer und im Diskuswurf der Frauen) und zwei Bronzemedailen (in der 4 x 400 m Staffel der Männer und im Weitsprung der Männer) war Australien erfolgreich vertreten und erreichte Platz zehn im Medaillenspiegel, weit vor Neuseeland, dass sich den 16. Rang mit Barbados, Kroatien und Slowenien teilen musste. Die meisten Medaillen (22) erkämpften die USA vor Jamaika (13) und Kenia (11 Medaillen). (Nürnberger Nachrichten 24.08.09, [http://wapedia.mobi/en/Nauru\\_at\\_the\\_2009\\_World\\_Championships\\_in\\_Athletics](http://wapedia.mobi/en/Nauru_at_the_2009_World_Championships_in_Athletics), <http://www.berlin2009.org/349-0-medaillenspiegel.html?nid=>)

### Tahitianer gewinnt Europameisterschaft im Wakeboarden

**Portugal:** Bei der Europameisterschaft im Wakeboarden vom 3. bis zum 9. August im portugiesischen Montargil hat der erst zehnjährige Hugo Levert vom „Wasserskiclub Tahiti“ (Ski nautique Club de Tahiti) den Titel des Europameisters in der Kategorie „Jungen“ gewonnen. Sein etwas älterer Vereinskamerad Manatea Bresson fuhr in der Kategorie „Junior“ auf einen guten sechsten Platz. Die tahitianischen Sportler wollen nun auch an der französischen Meisterschaft im Wakeboarden vom 11. bis zum 13. September in „La Grande Motte“ teilnehmen,

wenn sie vom Schulunterricht befreit werden dürfen.

*Info:* Ein Wakeboard ist ein Wassersportgerät in Form eines Brettes, das an die Füße geschnallt wird, um damit auf dem Wasser zu gleiten. Der Fahrer steht seitlich zur Fahrtrichtung auf dem Brett. Er wird von einem Boot oder einer Seilbahn gezogen. Der Name Wakeboard lässt sich von der von den Motorbooten erzeugten künstlichen Welle, der so genannten Wake herleiten, die die Wakeboarder als Absprungrampe verwenden. (Tahitipresse 09.08.09, Wikipedia)

## „TOK BILONG PASIFIK“

### Dörfer verweigern Linksverkehr

**Samoa:** Kurz vor der Einführung des neuen Linksfahrgebots am Montag, 7. September 2009 haben zwei samoanische Dörfer angekündigt, sich der Neuregelung widersetzen zu wollen. Ein Sprecher der Aktivistenvereinigung „People Against Switching Sides“ (PASS) sagte gegenüber der einheimischen Tageszeitung „Samoa Observer“, Autofahrer müssten bei Einfahrt in die Dörfer von der dann obligatorischen linken Seite der Fahrbahn wieder auf die gewohnte rechte Straßenseite wechseln. Man werde das am Ortseingang kontrollieren, so Papali'i Viopapa Annandale.

Der samoanische Premierminister Tuilaepa Sa'ilele Malielegaoi hatte im Dezember 2007 (siehe pazifik aktuell Nr. 73 von Februar 2008) bekannt gegeben, zum 1. Juli 2009 den Linksverkehr einzuführen. Durch zahlreiche Protestaktionen musste die Einführung des Linksverkehrs auf den 7. September verschoben worden. Erstmals seit über 40 Jahren (in den 1960er Jahren gab es einen derartigen Wechsel nur in Island und Schweden) werden die Einwohner eines Staates zum Spurwechsel per ministeriellem Erlass gezwungen. Malielegaoi

hatte den Wechsel damit begründet, dass man sich bezüglich der Verkehrsregeln an die pazifischen Nachbarstaaten Australien und Neuseeland angleichen wolle, in denen links gefahren wird. Außerdem kurble man so den Import von PKW's aus diesen Staaten an, da Wagen aus Australien und Neuseeland das Steuer auf der rechten Seite haben. Für die Samoaner, die überwiegend aus den USA importierte Autos mit dem Steuer auf der linken Seite fahren, dürfte der Wechsel schwierig werden. Die PASS befürchtet massenweise Verkehrsunfälle und sogar Verkehrstote beim Überqueren der Fahrbahn, wenn Fußgänger aus Gewohnheit in die „falsche“ Richtung schauen.

Die Regierung hat den 7. September zum Feiertag erklärt, Geschäfte bleiben geschlossen, Schüler haben schulfrei. In Apia soll es ein Straßenfest geben. Die Mietwagenfirmen haben bekannt gegeben, eine Woche lang zu schließen, um Verkehrsunfälle mit Leihwagen zu vermeiden. (*Samoa Observer* 12.08.09, *Radio NZ International* 26.08.09)

### Goldene Palme für Filmemacher

**Frankreich:** Bei den 62. Filmfestspielen im französischen Cannes wurde der Film „Samson and Delilah“ des australischen Filmemachers Warwick Thornton mit der „Goldenen Palme“ ausgezeichnet. Der 38-jährige Thornton hatte erstmals einen seiner Filme in Cannes vorgestellt.

Der Aborigine stammt aus Alice Springs in Zentralaustralien. Er kommt aus einer bekannten Familie. Thorntons Mutter hatte die erste einheimische Filmproduktionsfirma (Central Australian Aboriginal Media Association) gegründet und war dann zehn Jahre lang deren Direktorin. Eine seiner Schwestern ist eine bekannte Filmemacherin, sein Bruder spielte in „Samson und Delilah“ als Schauspieler. Warwick Thornton studierte Filmwissenschaften an der „Australian Film, Television

and Radio School“ und begann seine Karriere mit Kurzfilmen.

„Samson and Delilah“ hatte bereits zuvor beim Filmfestival im australischen Adelaide den Publikumspreis gewonnen. Der Film handelt von zwei verliebten 14-jährigen Teenagern, die mit einem geklauten Auto nach Alice Springs fahren. Dort wurde der Film auch gedreht.

Bereits vor der Vorführung in Cannes war der Film von australischen Medien hochgejubelt worden. Die bekanntesten Filmkritiker gaben der Liebesgeschichte die höchste Punktzahl in den einschlägigen Filmkritikzeitschriften.

([http://en.wikipedia.org/wiki/Warwick\\_Thornton](http://en.wikipedia.org/wiki/Warwick_Thornton), *ABC News* 25.05.09, <http://www.samsonanddelilah.com.au/>)

### Frankreich ehrt australischen Minister

**Australien:** Die französische Regierung hat dem australischen Minister für Umwelt, Kulturerbe und Kunst, Peter Garrett, für seine Verdienste um das kulturelle und musikalische Leben in Australien den renommierten Orden „Officier dans l'Ordre des Arts et Lettres“ verliehen.

Peter Robert Garrett wurde am 16. April 1953 in Sydney geboren. Nach seinem Jurastudium an der „Australian National University“ wurde er 1976 Leadsänger der Band „Midnight Oil“, die in den 80er und 90er Jahren weltweit bekannt wurde. In ihren Liedern setzte sich die Band bis zu ihrer Auflösung 2002 mit Umweltschutzfragen, der Situation der Aborigines oder der Außenpolitik der USA auseinander. Nach der Auflösung der Band trat Garrett der Australian Labour Party bei und wurde ins Repräsentantenhaus gewählt. Nach dem Wahlsieg seiner Partei bei den Parlamentswahlen 2007 ernannte ihn der australische Premier Kevin Rudd zum Minister für Umwelt, Kulturerbe und Kunst.

Garrett empfing den Orden bei einem Zwischenstopp in Paris direkt aus den Händen von Frédéric Mitterand, dem französischen Kul-

tusminister. (*Flash d'Océanie* 30.06.09, <http://www.petergarrett.com.au/>)

## KIRCHLICHE NACHRICHTEN

### AUS PAPUA-NEUGUINEA

#### ALLGEMEIN

### MAF stellt Flugdienst in der Morobe-Provinz ein

Aufgrund eines akuten Mangels an Piloten musste die Missionsfluggesellschaft MAF (Mission Aviation Fellowship) ihre regelmäßigen Flüge in der Morobe Provinz einstellen. Betroffen davon sind auch etwa 50.000 Menschen im Raum Kabwum, für die es nun sehr schwierig ist, ihren Kaffee und andere Güter nach Lae zu transportieren und dort zu vermarkten. Nachdem „North Coast Aviation“ schon vor mehreren Jahren seinen Flugbetrieb eingestellt hatte, musste sich nun auch MAF aus dieser Region zurückziehen. Damit fehlt ein wesentlicher Teil der ländlichen Infrastruktur. (*The National* 17.07.09)

### AUS DER ELC-PNG

### Regierungsstellen behindern die Arbeit der ELC-PNG

Interims-Bischof Zau Rapa und Generalsekretär Isaak Teo haben verschiedenen Regierungsstellen vorgeworfen, sie würden die Arbeit der ELC-PNG behindern, indem sie die Erteilung von Visa und Arbeitsgenehmigungen für überseeische Mitarbeiter verzögern und behindern würden. Ärzte, Lehrer, Techniker und Missionare warten zum Teil schon seit über einem Jahr auf ihr Visum, um ihre Arbeit in der ELC-PNG aufnehmen zu können.

Sie betonten, dass diese Mitarbeitenden dringend gebraucht würden, um die Arbeit der ELC-PNG

zum Wohl der Menschen qualifiziert tun zu können. Schließlich kämen diese Mitarbeitenden nicht um ihres eigenen Profites willen, sondern um der Bevölkerung PNGs zu helfen und ihre Lebensqualität zu verbessern. (*The National* 25.06.09)

### Pastor Kiki Gwayaweng promoviert

Pastor Kiki Gwayaweng ist der erste Pfarrer der ELC-PNG, der am Pacific Theological College in Fidschi promoviert hat. Er ist bereits wieder nach PNG zurückgekehrt und wird mit seiner neuen Qualifikation einen wichtigen Beitrag leisten zur theologischen Ausbildung der ELC-PNG. (*PTC-Newsletter März 2009, Wantok Nr. 1817*)

### AUS DER KATH. KIRCHE

#### † Peter George Mays

Das St. Josephs International Catholic College in Port Moresby trauert um Peter George Mays. Er verstarb Ende Mai im Alter von 70 Jahren und hinterlässt seine Frau, sechs Kinder und 11 Enkel. Mays hatte das College zu einem internationalen College ausgebaut, an dem neben dem Lehrplan von PNG auch nach dem Lehrplan von New South Wales (Australien) unterrichtet wurde. Er hatte an verschiedenen Schulen gewirkt und einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung des Bildungswesens in PNG geleistet. „*Herr Mays erfüllte seine Aufgaben mit großer Liebe und Hingabe zu seinen Studenten und für das ganze Land*“, betonte Justin Kili, der Vorsitzende des Schulvereins während der Trauerfeier. (*The National* 25.05.09)

### Kath. Bischofskonferenz warnt vor Online-Spielen

Die Katholische Bischofskonferenz von PNG beklagt eine steigende Zahl von Menschen, die ihr Geld in Kasinos oder bei Internet-Spielen verspielen, anstatt sich um ihre bedürftigen Familien zu kümmern und Schulgebühren für

ihre Kinder zu bezahlen. Fr. Nick de Groot betonte, dass zahlreiche Familien dadurch in die Schuldenfalle getrieben würden. Er forderte die Regierung auf, etwas dagegen zu unternehmen. (*Pacific Islands Report* 15.06.09)

### Bischof Austen Crapp verabschiedet

Austen Crapp war einer der ersten sechs Franziskaner-Missionare, die 1962 in Aitape (Sandaun-Provinz) ankamen. 1966 wurde die Diözese Aitape gegründet, deren Bischof er dann im Jahre 1999 wurde. Nun wurde Bischof Austen nach 47-jährigem Dienst in Papua-Neuguinea in den Ruhestand verabschiedet. In zahlreichen Reden wurde er geehrt und bedankt für seinen unermüdlichen Einsatz für die Menschen in der Region, insbesondere im Bereich der Evangelisation. (*Wantok Nr. 1815*)

### AUS ANDEREN LÄNDERN

#### Neues Testament übersetzt

**Tokelau:** 160 Jahre nachdem Tokelau sich zum Christentum bekehrt hat, liegt nun das Neue Testament in der einheimischen Sprache Tokelau vor. Bisher hatte man sich mit Samoanisch und Englisch beholfen. Mit den Übersetzungsarbeiten zum Alten Testament wurde bereits begonnen und man hofft, dieses in fünf bis sechs Jahren vorlegen zu können. (*ABC Radio Australia* 26.06.09)

### Katholische Kirche unterstützt Filmverbot

**Samoa:** „Es war eine angemessene Entscheidung, „Angels and Demons“ (dt. „Illuminati“) durch die Zensur zu verbieten“, betonte Fereti Tautunu von der Katholischen Kirche in Samoa. „Wir leben in einem christlichen Land. Diese Art von Film führt die Menschen in die Irre“. Hinter solchen Filmen stecke immer eine bestimmte Absicht, nämlich das Christentum zu diskreditieren.

„Filme sind so mächtig; man hört etwas und vergisst es wieder - man sieht etwas und merkt es sich“, sagte er. (*Pacific Islands Report* 29.05.09)

### Mormonen anerkannt

**Marshallinseln:** Die Kirche Jesu Christi der Heiligen der letzten Tage (Mormonen) ist in den letzten Jahren auf den Marshallinseln auf etwa 4.500 Mitglieder gewachsen. Nun gründeten sie eine eigene „Diözese“ (The Majuro Marshall Islands Stake) und wurden damit unabhängig von der Diözese Guam. „Dies ist ein wichtiger Meilenstein für die Kirche auf den Marshallinseln“, betonte Präsident Nelson Bleak. „Unsere Kirche hilft unseren Mitgliedern dabei, bessere Bürger, bessere Väter und Mütter zu werden und die Familien zu stärken. Dies ist eine gute Nachricht für die Marshallinseln.“ (*The Marshall Islands Journal* 12.06.09)

### Bainimara-Regime verbietet Kirchenkonferenz

**Fidschi:** Fidschis Interimsregierung zeigte sich erneut kompromisslos und verfügte Ende Mai 2009, dass die alljährliche Konferenz der methodistischen Kirche, die für August angesetzt war, nicht stattfinden wird. Das Regime begründete seine Entscheidung mit der Tatsache, dass einige bis heute aktive Kirchenmitglieder in der Vergangenheit eine wesentliche Rolle in Fidschis *coup culture* gespielt haben und darüber hinaus den entmachteten ehemaligen Premierminister Laisenia Qarase unterstützen. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass seine schärfsten Kritiker aus dem fidschianischen Lager stammen, die dem konservativ-nationalistischen Flügel der methodistischen Kirche nahe stehen.

Wenige Tage zuvor wurde Manono Lasaro, ein ehemaliger Präsident der Kirche und Hauptverantwortlicher für deren Politisierung in den 1980er Jahren, verhaftet, nachdem er in einer Predigt eine friedliche Rückkehr zur Demokra-

tie einforderte. Zunächst fuhr die Kirche, vom Säbelrasseln des Regimes unbeeindruckt, mit den Vorbereitungen der zweiwöchigen Konferenz fort. Am 14. Juli verstärkte Bainimarama den Druck auf die Kirche erneut. Er ordnete an, auch in den kommenden Jahren keine Konferenzen oder andere Veranstaltungen zuzulassen, bis die beiden in den Fokus des Regimes gerückten Pastoren Manono Lasaro und Tomasi Kanailagi ihren Pflichten enthoben würden. Kanailagi war während des Putschversuches im Jahre 2000 als Speight-Sympathisant enttarnt worden und agierte von 2001 bis 2006 auf Einladung Qarases als Senatsmitglied. Wenige Tage später kündigte eine der hochrangigsten Titelträgerinnen Fidschis (Roko Tui Dreketi), Ro Teumumu Kupa, in einem Internetforum an, die methodistische Kirche in ihre Heimatprovinz einzuladen, um dort entgegen des Verbots die Konferenz abzuhalten. Infolge wurde Ro Teumumu, zusammen mit dem Generalsekretär der Kirche, Pastor Tuikilakila Waqairatu und dem Schatzmeister, Viliame Gonelevu, der ebenfalls in den Putschversuch Speights verwickelt war, durch das Regime festgesetzt. Zwei Tage später erfolgte die Verhaftung Lasaros und Kanailagis. Wenngleich alle fünf gegen eine Kautionsumkehrung aus der Haft entlassen wurden, müssen sie sich Ende August vor Gericht wegen Verstößen gegen die *public emergency regulations* verantworten. Am 30. Juli lies Bainimarama verlauten, einer Konferenz nicht mehr im Wege zu stehen, insofern Lasaro und Kanailagi umgehend aus dem Kirchendienst entlassen und während der zweiwöchigen Veranstaltung keine politischen Themen zur Sprache kommen würden. Noch am selben Tag entschied eine eilends einberufene Versammlung der Kirchenführung, die Konferenz nicht stattfinden zu lassen, da weitere Verhaftungen und Einschüchterungsversuche vorauszusehen seien. Des Weiteren kündigte die Kirche an, auch weiterhin auf friedlichem Wege für die Wiederherstellung der Demokratie zu kämpfen. (Artikel von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Dominik Schieder. Quellen: [www.abc.net.au](http://www.abc.net.au))

<http://au.christiantoday.com>,  
<http://news.bbc.co.uk>, [www.fijitimes.com](http://www.fijitimes.com),  
[www.radionz.co.nz](http://www.radionz.co.nz), [www.topnews.in](http://www.topnews.in),  
<http://tvnz.co.nz>

## PPO-Referent trifft australischen Premierminister

**Deutschland:** An einer besonderen Gesprächsrunde mit dem australischen Premierminister Kevin Rudd über die Theologie Dietrich Bonhoeffers und sich daraus ergebende politisch-sozialethische Fragen hat Dr. Traugott Farnbacher, Referent für Papua-Neuguinea, Pazifik und Ostasien (PPO) bei Mission EineWelt, in Berlin teilgenommen. Auf Einladung der australischen Botschaft waren am 7. Juli rund 25 Gäste in der St.-Matthäus-Kirche zusammengekommen, in der der deutsche Theologe und Widerständler 1936 ordiniert worden war und als Vikar gewirkt hatte. Mission EineWelt pflegt seit über 150 Jahren Beziehungen zur australischen lutherischen Kirche (LCA), ebenso zur lutherischen Partnerkirche in Papua-Neuguinea. Daneben engagiert sich das Centrum in den letzten Jahren verstärkt für den asiatisch-pazifischen Raum, etwa in Fragen des Klimawandels, der Menschenrechte und weiteren ethischen Herausforderungen.

Der australische Premier, der sich intensiv mit dem Werk Bonhoeffers auseinandergesetzt hat, unterstrich als Politiker und überzeugter Christ die Aktualität von Bonhoeffers Vermächtnis für das heutige politische und kirchlich-globale Handeln. Seiner Einschätzung nach ist es eine Hauptaufgabe der Politik, sich für Unterdrückte einzusetzen. Dementsprechend fordere Rudd stets die Einhaltung der Menschenrechte in China, Nordkorea und Myanmar ein, wie er betonte.

Die Kirchen seien gefordert, prophetische Stimme für die Armen und Entrechteten in der Welt sein. Rudd verwies auf den Mut zum Widerstand und die Suche nach lebensdienlichen Alternativen als konkrete Nachfolge im Sinn Bonhoeffers. Dies sehe er heute als

Aufgabe der Kirchen inmitten säkularer Kontexte, aber auch für Christen in weltpolitischer Verantwortung.

Rudd, der seit Dezember 2007 im Amt ist, hatte sich im vergangenen Jahr als erster australischer Premierminister bei den Aborigines seines Landes für von den europäischen Einwanderern begangenes Unrecht entschuldigt. Auch war er maßgeblich am Zustandekommen der Port-Moresby-Deklaration beteiligt, die einen Neubeginn in der Zusammenarbeit von Australien mit den pazifischen Inselstaaten auf der Basis von gegenseitigem Respekt und Toleranz einleitete. (Artikel von Annekathrin Jentsch, Mission EineWelt, 10.07.09)

## Impressum:

Kein Pressedienst

**Nachrichtenzusammenstellung und Redaktion:** Julia Ratzmann

**Kirchliche Nachrichten:**  
Pfr. Thomas Paulsteiner

"pazifik aktuell" erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.

**Wir bitten um eine Spende für die Partnerkirchen im Pazifik auf das Konto 10 11 111, BLZ 520 604 10, Evang. Kreditgenossenschaft eG**

## Quellen:

Australien Info • Asia Pacific News  
 • BBC News • Islands Business  
 • Flash d'Océanie • National  
 • Oceania Flash • Pacific Beat  
 • Pacific Islands Report • Pacific Magazine • Post-Courier • Radio Australia • Radio New Zealand  
 • Sydney Morning Herald • Tahitipresse • The Lutheran  
 • Wantok • Westpapua-Netzwerk

## Herausgeber:

**Pazifik**  
 INFORMATIONENSTELLE



**Mission EineWelt**

Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern

Hauptstraße 2 • 91564 Neuendettelsau  
 Tel 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120